IMT Nuremberg Archives

H – 375

International Court of Justice

H0375 - 0002

595

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG, DEUTSCHLAND, 14. JUNI 1946
SITZUNG 10.00 bis 13.00 UHR.

Fortsetzung des Kreuzverhoers Dr. Friedrich Wimmer durch M. Debenest.

Durch M. Debenest:

F: Ich habe noch einige Fragen an den Zeugen zu richten.

Zeuge, bezueglich der Antwort, die Sie gestern gegeben haben hinsichtlich der Bibliotheken, die geplueundert und nach Deutschland gebracht wurden, moechte ich Ihnen in diesem Zusammenhang einige Zeilen aus einem Dokument verlegen, einem Dokument, welches ich vorgestern dem Gericht vorgelegt habe. Es ist dies Dokument F-803. Ich verlese auf Seite 34 des franzoesischen Textes. Es handelt sich um einen Bericht des Unterrichtsministeriums der Niederlande. Es steht darin folgendes:

"Die Sammlungen sowie auch die Bibliotheken des internationalen Instituts fuer Sozialgeschichte in Amsterdam wurden geschlossen und die Bibliothek mit etwa 150'000 Baenden wurde nach Deutschland verbracht, sowie auch eine bedeutende Sammlung von Zeitungen. Die Bibliothek Rosenthaliana aus der Universitaet Amsterdam wurde in 153 Kisten verpackt und nach Deutschland verbracht.

Beruehmte Sammlungen auf dem Gebiet der Naturwissenschaften der Universitaet von St. Ignaca at Mont Aucon (Balkenburg) und aus dem Naturhistorischen Museum in Maestrich wurden auch nach Deutschland gebracht.mit den dazugehoerigen Fachbibliotheken.

Im Jahre 1940 wurde aller Besitz der Freimaurerlogen beschlagnahmt und nach Deutschland ueberfuehrt, darunter die beruehmte Bibliothek Rosenthaliana ---"

Vorsitzender: Herr Debenest, haben Sie nun nicht genug schon vorgetragen fuer den Zweck Ihrer Frage. Wir haben doch das Dokument schon vor uns. Sie haben ungefaehr ein halbes Dutzend Bobliotheken vorgelesen, von denen Sie behaupten, dass sie nach Deutschland gebracht wurden, und Sie wollen doch wahrscheinlich wissen, was er dazu sagt. Es ist nicht notwendig, die ganzen Einzelheiten daruber zu besprechen

Durch Dr. Debenest:

F: Nun, was halten Sie von diesem Bericht, Zeuge, ? Stimmen diese Tatsachen ?

A: Die von Ihnen gestellte Frage ist zum Teil gestern schon beantwortet worden, naemlich insoweit es sich um den Besitz der Freimaurerlogen handelt. Da wurde gestern gesagt - und ich habedes bestaetigt - dass mir bekannt ist , dass das Eigentum der Ortanisationen, nicht aber der Individien, die diesen Organisationen ange

H0375-0003

hoerten, mit Beschlag genommen worden sind.

Versitzender: Das ist keine Antwort auf die Frage. Die Frage ist, war es wahr, dass diese Bibliotheken nach Deutschland gebracht wurden ?

Zeuge: Von der Wegschaffung dieser Bibliotheken ist mir nichts bekannt.

Durch Mr. Debenest:

F: Sie haben jedoch behauptet, dass die Bibliothek Rosenthaliana im Hölland geblieben war, sagten Sie das nicht ?

A: Die Rosenthaliana, das habe ich behauptet.

F: Gut, vielleicht handelt es sich um die Rosenthaliana, aber sagen Sie doch, dass nach diesem Bericht die Bibliothek verpackt wurde in 153 Kisten und dass si nach Deutschland verbracht wurde ?

A: Meinen Sie die Rosenthaliana ?

F: Jawohl, die Rosenthaliana ?

A: Jedenfalls weiss ich, dass die Weisung vom Reichskommissar gegeben worden is dass diese Bibliothek in Amsterdam zu bleiben hat. Sollte sie trotzdem weggekommen sein, so war das ein weisungswidriges Verhalten, von dem ich keine Kenntnis habe.

F: Sie waren doch jedenfalls mit dem Unterrichtswesen betraut oder zumindestens mit der Kontrolle des Unterrichtswesens der Schoenen Kuenste ?

A: Jawohl, aber die Schoenen Kuenste nicht.

F: Aber jedenfalls was die Bibliotheken und die Hochschulen anbetrifft ?

A: Ja.

F: Es ist doch sonderbar, dass Sie davon nicht unterrichtet wurden.

A: Dass die Bibliothek weggeschafft worden ist, weiss ich nicht.

F: Gut, gehen wir darueber hinweg. Nach den von Ihnen abgegebenen Erklaerungen gestern abend scheinen Sie also zu behaupten, dass der Reichskommissar alles geta hat, was er konnte zugunsten des hollaendischen Volkes, nicht wahr ?

A: Jawohl.

F: Jedenfalls hat er bei jeder Gelegenheit alles getan, was er konnte, um die schlimmsten Konsequenzen zu vermeiden, nicht wahr ?

A: Ja.

F: Andererseits wissen Sie, dass zahlreiche Personen in diesem Lande verhaftet, interniert und deportiert wurden, andere wurden erschossen, Sie wissen auch, dass strenge Zwangsmassnahmen diesem Volk auferlegt wurden auf allen Gebieten und dies

H0375 - 0004

unter Androhung von schaerfsten Strafen und Repressalien - und schliesslich wissen Sie, dass dieses Land gepluedert wurde. Wer sind denn nun die Personen, die diese Verbrechen befohlen und durchgefuehrt haben ?

A: Ich habe gesagt, dass der Reichskommissar fuer die Niederlande fuer das Land getan hat, was er konnte und verhindert hat, was er konnte. Dass in einer fuenfjaehrigen Besatzungszeit Massnahmen getroffen werden mussten, die fuer das Land schwer zu tragen gewesen sind, das habe ich nicht bestritten und ist auch unbestreitbar. Ich wuerde Sie bitten, Ihre Fragen konkreter zu formulieren und mir diejenigen Aktionen zu nennen, die Sie als Verbrechen bezeichnen. Die Frage ist zu allgemein gestellt, als dass ich sie mit ja oder nein oder sonst in Kuerze beantworten koennte.

F: Wer befahl die Verhaftungen ?

A: Bitte ?

F: Wer befahl die Verhaftungen ?

A: Welche Verhaftungen ?

F: Die Verhaftungen der Hollaender natuerlich.

A: Bitte ?

F: Die Verhaftungen der Hollaender selbstverstaendlich, ich wiederhole, die Verhaftungen der Hollaender.

A: Die Verhaftungen wurden befohlen vom Hoeheren SS- und Polizeifuehrer. Das ist der Chef der Polizei gewesen.

F: Wer befahl die Unternierungen ?

A: Welche Internierungen meinen Sie;;meinen Sie die Internierungen in den Konzentrationslagern ?

F: In den Konzentrationslagern, in den Internierungslagern.

A: Das hat der Hoehere SS- und Polizeifuehrer zu befehlen gehabt, das war in seinem Ressort.

F: Wer suchte die Geiseln aus ?

A: Die Polizei.

F: Wer hat Rauter zum Kommissar fuer oeffentliche Sicherheit ernannt ?

A: Als Reichskommissar fuer das Sicherheitswesen wurde er vom Reichskommissar bestimmt. Seine Hauptfunktion war aber die eines Hoeheren SS- und Polizeifuehrers. In dieser Funktion war er vom Reichsfuehrer SS bestellt.

F: Er wurde doch ernannt - ich nehme an, dass Sie die Verfuegung kennen - hier

H0375 - 0005

steht, dass er ernannt wurde, um dem Reichskommissar zur Seite zu stehen in den Aufgaben der Polizei und Sicherheit.

A: Er sollte dem Reichskommissar zur Verfuegung stehen, aber der Reichskommissar hatte keine unbedingte Weisungsrechte gegenueber dem Hoeheren SS- und Polizeifuehrer. Dieses Weisungsrecht stand dem Reichsfuehrer SS zu. Die Bestellung zum Generalsekretaer fuer das Sicherheitswesen war eine formelle und zwar erfolgte sie deswegen, weil der Reichsfuehrer SS den Wunsch hatte, dass der Hoehere SS- und Polizeifuehrer auch diesen Titel traegt; urspruenglich sollte er nicht zum Generalsekretaer ernannt werden.

F: Sie sind also der Ansicht, dass Seyss-Inquart ueberhaupt keine Autoritaet, al Befehlsgewalt ueber Rauter hatte ?

A: Jawohl.

F: Gut. Nun werde ich Ihnen ein Dokument verlesen und Sie werden mir dann sagen was Sie davon halten. Ich werde Ihnen sagen, ob Seyss-Inquart keine Autoritaet te. Erklaeren Sie mir Ihre Auffassung.

M. Debenest: Dieses Dokument ist 3430-PS, welches schon vorgelegt wurde unter Nummer USA-708. Es ist ein Auszug aus einer Rede Seyss-Inquarts, die in den Nied landen gehalten wurde und die Stelle ist auf Seite 124 und Seite 125 des deutsch Textes.

Dieser Text befindet sich wahrscheinlich auch im Trial-Brief von Seyss-Inquart. Ich kann es nicht genau sagen, aber es muss Seite 57 oder Seite 58 sein.

Durch M. Debenest:

F: Seyss-Inquart hat waehrend dieser Rede, die er am 29. Januar 1943 gehalten h gesagt:

"Ich werde meine Befehle geben, die Befehle muessen streng von allen durchgefueh werden. In der jetzigen Lage ist Verweigerung, einen solchen Befehl auszufuehren nicht anders zu bezeichnen als Sabotage. Es ist auch gewiss, dass wir mehr den jeden Widerstand, der gegen diesen Kampf entstehen sollte, unterdruecken muesse Und weiterhin wagt er:

"In einem Zeitpunkt, wo Ehemaenner, Vaeter und Soehne im Osten im Schicksalska stehen mit einem eisernen Willen und das hoechste Mass an Opfer leisten, ist es moeglich, Verschwoerungen zu dulden, deren Ziel es ist, die Stellung hinter der Ostfront zu schwaechen. Derjenige, der so etwas unternimmt, muss vernichtet werd Wenn Seyss-Inquart keine Autoritaet ueber die Polizei gehabt haette, haette er h

H0375 - 0006

ne solchen Reden halten koennen und sagen, dass er die Befehle gegeben wuerde.

A: Ich habe nicht gesagt, dass Seyss-Inquart gegenueber der Polizei keine Autoritaet besessen habe. Ich habe nur gesagt, dass die Befehle vom Hoeheren SS- und Polizeifuehrer erteilt worden sind. Das Verhaeltnis zur Polizei war folgendes: Der Reichskommissar konnte sich selbst an die Polizei wenden, wenn er sie in irgeinem Falle benoetigte. Sein Wunsch war aber eben ein Wunsch und kein bindender Befehl. Die Polizei hat in solchen Fällen , wo es sich um wichtiges handelt, zumeist vorher Fuehlung genommen mit dem Reichsfuehrer SS bzw. mit der Dienststelle des Reichsfuehrers SS, und nur, wenn dort zugestimmt wurde, konnte ein Wunsch des Reichskommissars durch die Polizei durchgefuehrt werden.

F: Einen Moment. Die Frage ist einfacher, konnte er - ja oder nein - und hat er e getan, konnte er Befehle geben in Faellen wie denjenigen, die er selbst in seiner Rede zitiert hat ?

A: Er konnte die Forderung stellen, aber keinen Befehl geben.

F: Ich stelle lediglich fest, dass Sie nicht mit dem Inhalt der Reden Seyss-Inquarts uebereinstimmen.

Nun, ich werde jetzt von einem anderen Dokument sprechen und Sie werden mir dann sagen, wie Sie es erklaeren, dass Seyss-Inquart nur Anleitung oder Forderungen st len und keine Befehle geben konnte.

M. Dubenest: Es ist die Dokument F-860, das ich dem Gericht gestern vorgelegt habe. Dieses Dokument ist ein Brief von Seyss-Inquart an Dr. Lammers,

Durch M. Dubenest:

F: In diesem Brief schreibt er, dass er die hollaendische Polizei reorganisieren wollte zum Zwecke, die Polizei der Organisation der deutschen Polizei anzupassen und in diesem Dokument gibt er die Ansicht kund, dass die Polizei der staerkste Ausdruck der inneren Verwaltung eines Landes sein muss und dass man der Polizei nicht diese Verwaltung entziehen darf.

Das sagt Seyss-Inquart in dem Dokument. Wie koennen Sie jetzt Ihre Antwort damit in Einklang bringen ?

A: Was diese Reorganisation betrifft, diese Reorganisation ist nicht vom Reichskommissar angeregt worden, sondern sie ging von der Polizei selbst aus. Der Reichskommissar hat mit dieser Reorganisation und ich selbst ebenfalls versucht, moeglichst dahin zu wirken, dass die niederlaendische Polizei wenigstens nicht vollkommen von der Verwaltung getrennt wird, was in Deutschland im wesentlichen schon d

Fall war und was die deutsche Polizei in den Niederlanden ebenfalls anstrebte.

F: Sie stehen ganz einfach im Gegensatz zu dem, was Seyss-Inquart selbst zu diesem Dokument schreibt und ausfuehrt.

Gut.

Nun, wie erklaeren Sie weiterhin, was Seyss-Inquart in diesem Dokument an anderer Stelle schreibt und zwar: "Ich moechte als Gerichtspraesident nicht den Hoeheren SS- und Polizeifuehrer ernennen, denn diese Ernennung bedeutet den Hollaendern gegenueber eine Begrenzung der Autoritaet des Reichskommissars, die deshalb von besonderer Bedeutung ist, weil ja der Reichskommissar im Fuehrererlass als der Wahrer der Reichsinteressen bestellt wurde. Ich habe aber alle praktischen Vollmachten, die ein Gerichtsherr braucht, selbst dem Hoeheren SS- und Polizeifuehrer uebertragen."

Zeuge: Ich bitte, mir die ersten beiden Saetze nochmals zu lesen.

Vorsitzender: Mr. Debenest, das Dokument liegt uns doch vor.

M. Debenest: Ja, Herr Praesident.

Vorsitzender: Ich glaube nicht, dass es notwendig ist, mit dem Zeugen weiter darueber zu argumentieren.

M. Debenest: Gut, ich bestehe nicht darauf.

F: Wie erklaeren Sie weiterhin, dass Schoengart - Sie haben gestern das Dokument gesehen, das Dokument, das Ihnen der Verteidiger vorgelegt hat, den Fragebogen Schoengarts - einen Tag nach dem Attentat auf Rauter, sich zu Seyss-Inquart begeben hat und dass Seyss-Inquart ihm den Befehl gegeben hat, wie er im Dokument selbst erklaert, schaerfste Vergeltungsmassnahmen zu ergreifen, indem er 200 Gefangene erschiessen laesst, um zu diesem Zwecke die Bevoelkerung einzuschuechtern.

A: Ich habe gestern zu dieser Frage, wie ich glaube, erschoepfend Stellung genommen und alles mitgeteilt, was ich darueber weiss.

F: Aber bitte geben Sie doch die Erklaerung, die ich von Ihnen verlange.

A: Ich habe gestern erklaert, dass der Brigadefuehrer Schoengart zu mir gekommen ist und mir - wenn ich kurz sein soll - die Angelegenheit so dargestellt hat, da vom Reichsfuehrer SS eine Zahl von ueber 500 Erschiessungen verlangt worden ist, dass es aber Schoengart auf Hinweis und Rat und Bitte des Reichskommissars gelungen ist, die Zahl auf 200 herabzusetzen. Das sagte ich gestern.

F: Sie behaupten, dass er Befehle bekommen hat vom Reichskommissar.

H0375 - 0007

H0375 - 0008

A: Nicht beom Reichskommissar, vom Reichsfuehrer.

F: Ja, vom Reichsfuehrer ?

A: Ich kann nur sagen, dass mir der Brigadefuehrer Schoengart die Sache so berichtet hat. Ich war nicht dabei, wie er mit dem Reichsfuehrer SS telefoniert hat.

F: Gut, jawohl.

Haben Sie nicht selbst einer Versammlung beigewohnt, im Verlauf derer Geiseln bezeichnet wurden ?

A: Einer Versammlung ?

F: Einer Versammlung, einer Zusammenkunft, einer Konferenz,

H0375 - 0009

wenn Sie wollen.

A: Ja.

F: Bei welcher Gelegenheit war das?

A: Ich entsinne mich, dass im Falle Rotterdam der Reichskommissar eine Besprechung mit dem Generalkommissar gefuehrt hat und ueber die Angelegenheit Mitteilung gemacht hat.

F: Haben Sie der Besprechung mit General Christiansen beigewohnt?

A: Das kann ich nicht mit Sicherheit sagen, ich glaube ja.

F: Wissen Sie, was Seyss-Inquart im Verlauf dieser Besprechung gesagt hat, wissen Sie, welche Einstellung er damals hatte?

A: Er hatte die Einstellung, dass die Absicht der Wehrmacht, 50 oder 25 Erschiessungen durchzufuehren, ueberspannt und undurchfuehrbar sei und ich habe auch darueber gestern bereits berichtet, dass der Reichskommissar nach wiederholten Vorstellungen die Wehrmacht bewegen konnte, dass sie zum Schluss der Erschiessung von fuenf Geiseln zustimmte.

VORSITZENDER: Mr. Debenest, das wurde alles schon mit Seyss-Inquart besprochen, nicht wahr und mit diesem Zeugen auch.

MR. DEBENEST: Ja, Herr Praesident, ich wollte nur feststellen, ob der Zeuge mit dem Dokument, das ich dem Gericht vorgelegt habe, einverstanden war das ist alles.

Ich bin mit meinen Fragen fertig, Herr Praesident.

VORSITZENDER: Wollen Sie nun wieder vernehmen,

DR. STEINBAUER (Fuer den Angeklagten Seyss-Inquart)

Herr Praesident, ich habe keine Fragen an den Zeugen zu stellen.

VORSITZENDER: Der Zeuge kann sich zurueckziehen.

DR. STEINBAUER: Ich rufe nun mit Zustimmung des Gerichts den Zeugen

DR. HIRSCHFELD

auf den Zeugenstand.

VORSITZENDER: Geben Sie Ihren vollen Namen an.

ZEUGE: Heinz Max Hirschfeld.

VORSITZENDER: Sprechen Sie mir den Eid nach:

"Ich schwoere bei Gott dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzufuegen werde."

(Der Zeuge spricht den Eid nach)

H0375-0010

VORSITZENDER: Sie koennen sich setzen.

DR. STEINBAUER: Herr Zeuge, waren Sie, als am 12. Mai 1940 die Besetzung der Niederlande erfolgte, Generalsekretaer des Wirtschafts - und Landwirtschaftsministeriums ?

DR. HIRSCHFELD: Bevor ich Ihre Frage beantworte, moechte ich erklaeren, dass ich lieber in der niederlaendischen Sprache gesprochen haette, aber um die Vernehmung nicht aufzuhalten, werde ich die fremde Sprache sprechen, die ich am leichtesten spreche. und in deutscher Sprache sprechen.

VORSITZENDER: Danke.

DR. HIRSCHFELD: (auf die Frage Dr. Steinbauer's) Was Ihre Frage anbelangt, kann ich "ja" sagen.

F: Fuehrten Sie in der gleichen Eigenschaft die Geschaefte beider Ministerien bis zum Schluss der Besetzung ?

A: Ja.

F: Ist es richtig, dass der Reichskommissar bei der ersten Besprechung saemtlichen Generalsekretaeren erklaerte, dass er eine loyale Pflichterfuellung erwarte, dass aber keiner einen Nachteil zu fuerchten habe, wenn er zurueecktrete.

A: Hierzu moechte ich sagen, dass die niederlaendischen Generalsekretaere, die von der niederlaendischen Regierung den Auftrag hatten, in den Niederlanden zu bleiben, dem damaligen Reichskommissar erklaert haben, im Interesse des niederlaendischen Volkes auf ihrem Amt zu bleiben, nachdem sie dazu die Genehmigung bekommen hatten von dem Oberbefehlshaber der niederlaendischen Armee, welche damals die Vollmachten der niederlaendischen Regierung hatte. Auf die Frage des Reichskommissars haben wir unter der Voraussetzung bejahend geantwortet. Was seine Bemerkung anbelangte, keine Nachteile zu bekommen, wenn wir zurueecktreten, haben wir geantwortet, dass das keine Rolle spiele bei unserer Entscheidung.

F: Haben zurueecktretende Generalsekretaere ihre Pension erhalten, so zum Beispiel Herr Tripp als Praesident der Niederlaendischen Bank ?

A: Ja.

F: Ist der Generalsekretaer des Innern Frederiks bis September 1944 im Amt geblieben.

A: Ja.

F: Nun gehen wir zu Ihrem eigentlichen Ressort zur Landwirtschaft und zur Wirtschaft ueber. Hat der Reichskommissar in die Verwaltung Ihres Ministeriums eingegriffen, insbesondere dadurch, dass er aus dem Ernaehrungsdienst Beamte entliess oder versetzte?

A: Der Reichskommissar hat persoenlich nicht eingegriffen, seine Organe haben dies mehrmals versucht; es wurde von uns aber abgelehnt.

F: Es gab ein sogenanntes staatspolitisches Sekretariat der NSB. Hat dasselbe einen Einfluss auf die Verwaltung erhalten?

A: Nach der Verordnung des damaligen Reichskommissars hat dieses staatspolitische Sekretariat keinen Einfluss auf die Niederlaendische Verwaltung. Ich moechte aber hinzufuegen, dass durch die spaeter stattgefundenen Ernennungen von NSB-Generalsekretaeren de facto die gleiche Einflussnahme stattfand in verschiedenen Ressorts. In meinem Ressort nicht.

F: Hat der Reichskommissar den Leiter des Ernaehrungsdienstes Laues, der als deutschfeindlich bekannt war, im Interesse der Ernaehrung des Volkes beibehalten?

A: Ich glaube, dass damals die niederlaendischen Beamten, die von der Regierung zurueckgelassen wurden, im allgemeinen dieselbe Einstellung als Herr Laues hatten. Herr Laues wurde in seinem Amt belassen.

F: Obwohl verlangt wurde, dass er entfernt werde?

A: Dieses ist mir damals nur von Herrn von der Wense mitgeteilt worden.

F: Die gewerbliche Wirtschaft wurde neu geordnet. Ist dies durch eine Verordnung des Reichskommissars oder durch den Generalsekretaer erfolgt?

A: Die Neuorganisierung der gewerblichen Wirtschaft wurde durchgefuehrt aus Anlass einer Verordnung, die von mir unterschrieben war, obgleich urspruenglich kein Entwurf vorlag, der vom Reichskommissar unterschrieben werden sollte. Ich habe dies abgelehnt, weil ich der Meinung war, dass es sich hier um eine hollaendische Angelegenheit handle, und wenn die Verordnung von mir unterschrieben waere, dass dadurch der Gefahr eines deutschen Einflusses vorgebeugt werden konnte.

F: Der Reichskommissar hat die Landwirtschaft in dem sogenannten Landstand organisiert. Hat dieser Landstand irgendwelche Executivvollmachten erhalten?

A: Der Landstand hat keine Exekutivvollmachten erhalten. Ich moechte hinzufuegen, dass ich in einer persoenlichen Unterredung dem Reichskommissar geraten habe, den Landstand nicht zustande zu bringen.

H0375-0011

F: Wurde die sogenannte Dienstpflichtverordnung 1941 in groesserem Umfange oder ueberhaupt innerhalb der Niederlande angewendet?

A: Soweit mir bekannt, wurde die Dienstpflichtverordnung innerhalb der Niederlande nur wenig angewendet, destomehr aber fuer die Hinausschickung niederlaendischer Arbeiter nach Deutschland.

F: Es gab dann eine Aktion des Abzuges der wehrfaehigen Bevoelkerung insbesondere aus Rotterdam, wer hat diese Aktion durchgefuehrt?

A: Welche Aktion meinen Sie?

F: Den Abzug der wehrfaehigen Bevoelkerung.

A: In 1944 ?

F: 1944.

A: Diese Aktion wurde von der Wehrmacht durchgefuehrt.

F: Hat der Reichskommissar diese Aktion durch Ausstellung von Freischeinen, insbesondere in Ihrem Ressort abgeschwaecht?

A: Von der Ausstellung von Freischeinen ist in der Zeit kaum etwas zu mir gekommen.

F: Es sollten die Werft- und Hafenanlagen in Rotterdam und Amsterdam gesprengt werden. Ist Ihnen die Stellung des Reichskommissars hierzu bekannt?

A: Mir ist nur aus Aeusserungen des Beauftragten des Reichskommissars Voelkers in Rotterdam bekannt, dass dieser sich bei der Wehrmacht gegen diese Massnahme gestellt hat.

F: Ich bemerke hierzu, dass das Affidavit Voelkers nicht eingelangt ist, daher habe ich diese Frage. Bestaetigen Sie, dass durch die Intervention des Reichskommissars die Flaechen, die ueberschwemmt werden sollten, um ca. 100 000 Hektar, vermindert wurden.

A: Mir ist bekannt, dass durch die Intervention des Reichskommissars oder seiner Dienststelle die Flaechen, die insbesondere in 1933 ueberflutet werden sollten, beschraenkt wurden. Den genauen Umfang dieser Beschraenkungen kenne ich nicht.

F: 1943 ? Sie haben sich versprochen, Sie sagten 1933.

A: 1943.

F: Ist es moeglich, dass diese Ziffer von 100 000 Hektar stimmt?

A: Ich habe in Erinnerung, dass es vielleicht ungefaehr die Haelfte sein koennte von dem, was die Wehrmacht damals als Ueberflutungen beabsichtigt hat.

H0375 – 0012

F: Ist es richtig, dass der Reichskommissar mit Ruecksicht auf die Blockade eine rechtzeitige Umstellung der Landwirtschaft auf die Erzeugungswirtschaft von Lebensmitteln umstellte.

A: Als die Niederlande in 1940 unter der deutschen Invasion besetzt wurden, waren die Behoerden, die sich mit der Landwirtschaft beschaeftigten, selbst der Meinung , dass eine Umorganisierung der Landwirtschaft notwendig sei. Der Reichskommissar und seine Dienststellen haben uns in dieser Arbeit nicht entgegengewirkt.

F: Ist es insbesondere richtig, dass der hochwertige Viehstand der Niederlande durch diese Massnahmen erhalten blieb?

A: Der Viehstand der Niederlande ist in der Zeit der Besetzung meines Wissens nach um 30 Prozent vermindert worden. Diese Umstellungsmassnahmen der Landwirtschaft haben es ermoeglicht, diesen Stand von 70 % durch den Krieg zu ziehen, nachdem aber die Menge des Schweinbestandes weit staerker vermindert ist, und es notwendig war, die Bestaende an Federvieh fast voellig abzuschlachten.

F: Es wurde hier ausfuehrlich die Frage des Embargo vom September 1944 besprochen. Ich habe nur eine Frage an Sie:

Wann haben Sie mit dem Angeklagten Seyss-Inquart zum ersten Male wegen der Aufhebung des Embargos gesprochen?

A: In der Beantwortung dieser Frage muss ich etwas zurueckgehen, nachdem als der Eisenbahnerstreik verkuendigt wurde, haben Herr Laues und ich am 22. September 1944 einen Besuch gehabt von von der Wense, der im Auftrag des Reichskommissars uns mitteilte, dass er erwarte, dass Herr Laues und ich einen Aufruf an die Eisenbahner richten wuerden, um im Interesse der Ernaehrung des Landes den Eisenbahnerstreik aufzugeben. Wenn wir das nicht tun wuerden, dann wuerden Sofort-Massnahmen ergriffen, Gegen-Massnahmen, um die niederlaendische Bevoelkerung im Westen des Landes sofort vor die Hungerfrage zu stellen. Wir haben dann eine solche Erklaerung abgelehnt und von der Wense mitgeteilt, dem Reichskommissar zu uebermitteln, dass Repressalien gegen die Bevoelkerung im Zusammenhang mit dem Eisenbahnerstreik die Verantwortung fuer eine Hungersnot auf den Reichskommissar fallen wuerde. Das ist die entscheidende Besprechung gewesen. Trotzdem kam das Embargo. Daraufhin wurde bei den verschiedenen Dienststellen des Reichskommissars in dieser Angelegenheit protestiert und am 19. Oktober 1944 fand eine erste Besprechung statt in der mitgeteilt wurde, dass die Absicht bestuende, dieses Embargo aufzuheben.

F* Ist es richtig, dass ungluecklicherweise gerade in diesem Jahr die Frostperi-

H0375 - 0013

H0375 - 0014

de frueher als in den sonstigen Jahren eintrat?

A: Vielleicht ist sie etwas frueher eingetreten als in sonstigen Jahren, aber in Holland ist die Frage des Frostes immer eine unsichere Frage. Wir haben von der hollaendischen Seite - ich habe das selbst in einer Pressemitteilung getan - darauf hingewiesen, dass wir immer mit fruehem Frost zu rechnen haetten.

F: Als die Invasion drohte und ein grosser Teil der Bevoelkerung zum Stellungbau herangezogen wurde, hat der Reichskommissar einem Antrag zugestimmt, dass ein grosser Teil der landwirtschaftlichen Arbeiter spaeter nach Hause entlassen wuerde?

A: Mir sind zwei Faelle bekannt: Erstens handelt es sich um Arbeiter aus den Grosstaedten, welche nach den nordoestlichen Provinzen zum Kartoffelgraben geschickt wurden. Es wurde das Versprechen gegeben, diese Arbeiter zu Befestigungsarbeiten nicht zu verwenden. Dieses Versprechen wurde gehalten. Zur gleiche Zeit wurde eine groessere Anzahl von landwirtschaftlichen Arbeitern, die bereits fuer Befestigungsarbeiten eingesetzt waren, fuer das Ausgraben von Kartoffeln freigegeben.

F: Ich war noch nicht in der Lage, den Zeugen Fischboek bezueglich finanziell Fragen zu vernehmen.
Aber wissen Sie, dass Herr Trip wegen der Frage der Devisensperre zurueckgetret ist, aber im Einverstaendnis mit dem Wirtschaftsminister Funk durch den Reichskommissar in der Bank fuer Internationale Zahlungen belassen wurde?

A: Ich erinnere mich aus dieser Angelegenheit, dass Herr Trip die Absicht hatte, damals auch seine Demission zu nehmen als Mitglied des Verwaltungsrates der Internationalen Bank. Als dies bekannt wurde, war man auf der deutschen Seite etwas erschrocken und es ist die Bitte an Herrn Trip gerichtet worden, seine Demission nicht einzureichen. Ich weiss, er hat sie nicht eingereicht. Inwiefern und welche Hintergruende dabei waren, ist mir nicht aus eigener Erfahrung bekannt.

F: Nun zwei letzte, aber ausserordentlich wichtige Fragen. Wir haben einen Befehl der Reichsstelle unter dem Titel "Verbrannte Erde", derselbe ist tatsaechlich im Maerz 1945 fuer die Niederlande ergangen. Es haetten Schleussen, Schoepfwerke und Deiche zerstoert werden sollen. Wissen Sie, welche Stellung der Reichskommissar in dieser so wichtigen Angelegenheit eingenommen hat und haben

H0375 - 0015

Sie mit ihm ueber diese Frage gesprochen?

A: Diese Frage wurde zum ersten Mal eroertert in einer Unterhaltung, die ich am 14. Dezember 1944 mit dem Angeklagten hatte. In dieser Unterhaltung hat er mir mitgeteilt, dass er mit Ruecksicht auf die militaerische Entwicklung befuerchtet, dass ein Auftrag fuer Vernichtung des Westens des Landes eintreffen wuerde bei der Wehrmacht. Er hat damals mit mir darueber gesprochen, inwiefern es moeglich sei, den westlichen Teil der Niederlande ausserhalb der Kriegsereignisse zu halten. Diese Unterhaltung wurde am 7. Januar 1945 fortgesetzt. Aus Anlass dieser Unterhaltung habe ich versucht, darueber Kontakt mit London zu bekommen. Es ist mir damals nicht gelungen, daraufhin eine Antwort zu bekommen. Diese Mitteilungen mussten damals durch Geheimsender gemacht werden. Ich konnte nicht feststellen, ob es gelungen ist, diese Mitteilungen durchzubekommen. Dann hat der damalige Reichskommissar mich am 2. April aufgesucht und mir Mitteilung gemacht ueber die Tatsache, dass der Befehl "Verbrannte Erde" eingetroffen sei und dass er aus diesem Anlass einen Besuch bei Speer gemacht habe. Speer habe ihm damals erklaert, dass der Reichskommissar im Zivilbereich diesen Befehl nicht durchfuehren wuerde. Speer koenne aber fuer die Wehrmacht nicht einstehen, deshalb habe der Reichskommissar auch einen Besuch gemacht bei General Blaskowitz und Blaskowitz habe geantwortet, "Befehl sei Befehl, jedoch wenn ein Weg gefunden werden koenne, diesem Befehl auszuweichen, waere Blaskowitz bereit, dem zu entsprechen." Daraufhin hat der Reichskommissar mich gefragt inwiefern ich Moeglichkeiten saehe. Und dieser Diskurs ist entstanden aus einer Mitteilung, die ich im April 1945 in der Form eines Telegramms nach London weitergeben konnte und es ist mir auch bestaetigt worden, dass diese Mitteilung in London eingetroffen ist. Daraus sind dann weitere Besprechungen enstanden.

F: Die letzte Frage: Hat sich der Reichskommissar im Gegensatz zu den Zentralstellen mit dem Vertrauensmann der Widerstandsbewegung in Verbindung gesetzt um praktisch den Krieg vorzeitig zu beenden?

A: Einige Tage nach der Unterhaltung am 2. April 1945 hatte ich ein Gespraech mit dem damaligen Beauftragten des Reichskommissars Schwebel, der mir die Frage vorlegte, inwiefern der Reichskommissar eine Verbindung mit dem Vertrauensmann haben wolle und ob die dazu Berufenen die geeigneten Leute waeren.
Ich habe ihm das dann bestaetigt.

DR. STEINBAUER: Ich habe sonst keine weitere Frage mehr.

VORSITZENDER: Wuenscht ein anderer Verteidiger Fragen zu stellen?

DR. SAUTER: (Fuer den Angeklagten Funk):

Ich bitte, einige Fragen an den Zeugen stellen zu duerfen.

DURCH DR. SAUTER:

F:Herr Dr. Hirschfeld, Sie haben vorhin berichtet, dass der fruehere Praesident der hollaendischen Staatsbank Dr. Tripp, im Verwaltungsrat der Bank fuer Internationale Zahlungen in Basel geblieben ist, auch nach dem er sein Amt als Bankpraesident in Holland niedergelegt hatte. Das haben Sie vorhin bestaetigt. Nun wuerde ich mich interessieren, ist Ihnen bekannt, dass speziell der damalige Reichswirtschaftsminister Funk sich sehr stark bei der Bank in Basel dafuer eingesetzt hat, dass Dr. Tripp an der internationalen Bank in Basel verbleiben kann, obwohl an sich Dr. Tripp zur Vertretung der hollaendischen Interessen nicht mehr befaehigt gewesen waere?

VORSITZENDER: Wie koennen wir damit befasst sein, Dr. Sauter?

DR. SAUTER: Es ist bei der Vernehmung des Angeklagten Seyss-Inquart durch die franzoesische Anklagevertretung die Tatsache hervorgehoben worden, dass der fruehere Praesident der hollaendischen Staatsbank Dr. Tripp zum Ruecktritt gezwungen worden sei oder zurueckgetreten sei und man hat darauf den Angeklagten Seyss-Inquart auch einen Vorwurf gemacht und ich will als Verteidiger des Angeklagten Funk beweisen, dass der Angeklagte Funk sich gerade fuer Dr, Tripp als Praesident der niederlaendischen Staatsbank eingesetzt und sich bemueht hat, dass Dr. Tripp auch in der Internationalen Bank von Basel verbleiben konnte. Insofern scheint mir das eine Rolle zu spielen.

H0375-0016

VORSITZENDER : Dr. Sauter, das Gericht ist der Ansicht, dass das so weit entfernt und so geringfuegig ist, dass das eine Zeitvergeudung des Gerichtes ist, diesen Dingen zuzuhoeren.

DR. SAUTER : Gut, Herr Vorsitzender, dann will ich eine andere Frage stellen.

DURCH DR. SAUTER :

F : Herr Zeuge, ist Ihnen bekannt, dass zu der Zeit als Dr. Funk Reichsbankpraesident war, die im Besitze von hollaendischen Kapitalisten befindliche Reichsbank, Anteile abgeloest wurden und dass man in hollaendischen Kapitalistenkreisen allgemein anerkannt hat, dass diese Ablosung durch Dr. Funk in fairer und befriedigender Weise durchgefuehrt wurde ?

A : Ueber Ablosung von Reichsbankanteilen ist mir nichts bekannt.

F : Ist Ihnen etwas daruber bekannt, Herr Dr. Hirschfeld, wie sich Ihnen gegenueber Dr. Funk zur Frage der Behandlung der Clearingschulden eingestellt hat ?

A : Ich habe Dr. Funk seit Ausbruch des Krieges zwischen Holland und Deutschland ueberhaupt nicht gesprochen. Also er hat sich mir gegenueber in der Kriegszeit gar nicht geaeussert.

F : Haben Sie von anderer Seite nicht erfahren, welchen Standpunkt Dr. Funk zur Frage der Behandlung der Clearingschulden eingenommen hat ?

A : Mir ist aus verschiedenen Mitteilungen bekannt und auch aus Veroeffentlichungen in der Zeit, dass man deutscherseits diese Clearingschulden als reale Schulden darstellte. Von der hollaendischen Seite aus haben wir das aber niemals geglaubt und wenn man die Entwicklung sah als dieses Zentral-Clearing waehrend des Krieges organisiert wurde, da koenne man sich ohne Weiteres als volkswirtschaftlicher Sachverstaendiger vergegenwaertigen, dass diese Schulden keinen Wert repraesentieren koennen. Sie sind ja, wie aus den verschiedenen Angaben hervorgeht, im Laufe des Krieges auf mehr als 42 Milliarden Reichsmark angewachsen. Es ist zwar von dem Praesidenten der niederlaendischen Bank, der von Seyss-Inquart eingesetzt wurde in seinen Jahresberichten ein Vergleich zwischen

H0375 - 0017

Reichsmark und Pfund-Sterlin angestellt worden. Wir haben darueber in Holland nur gelacht.

F : Herr Dr. Hirschfeld, Sie sprechen eben von dem Praesidenten der niederlaendischen Staatsbank, der durch Seyss-Inquart eingesetzt wurde. Es war, glaube ich, Herr Rost von Tonningen.

A : Ja.

F : Wissen Sie, dass der Angeklagte Funk, der damalige deutsche Reichsbankpraesident, sich grosse Muehe gab, die Einsetzungen des Rost von Tonningen zu verhindern und dafuer zu sorgen, dass Dr. Tripp im Amt der niederlaendischen Staatsbank verbleiben sollte ?

VORSITZENDER : Das ist schon wieder dieselbe Frage, nicht wahr ? Das ist praktisch genommen dieselbe Frage, die Sie vorhin gestellt haben und wo wir sagten, wir wollen nichts darueber hoeren ueber Funk's Unterstuetzung fuer Dr. Tripp ?

DR. SAUER : Vorhin, Herr Vorsitzender, wenn ich bemerken darf, habe ich die Frage stellen wollen, ob Funk sich dafuer einsetzte, dass Dr. Tripp im Verwaltungsrat der internationalen Bank in Basel bleiben sollte, obwohl er tatsaechlich nicht mehr laenger kompetent war, die hollaendischen Interessen zu vertreten Diese Frage haben Sie als nebensaechlich abgelehnt und die jetzige Frage bezieht sich darauf, ob Dr. Funk sich dafuer einsetzte, dass der Hollaender Dr. Tripp als Praesident der hollaendischen Staatsbank verbleiben sollte. Es ist dies die letzte Frage, Herr Vorsitzender.

VORSITZENDER : Sehr gut.

DER ZEUGE : Ja. Ich moechte etwas dazu ausholen, weil es zum Verstaendnis dieser Angelegenheit notwendig ist, dass man weiss ---

VORSITZENDER : Bitte sind Sie sehr kurz darueber.

DER ZEUGE : Es ist notwendig, dies zu wissen, auf Vorschlag des Reichskommissars und Dr. Fischboeck - obgleich es bekannt war, dass wir ihn in den Niederlanden als einen Verraeter betrachteten - wurde er befoerdert. Es ist damals Dr. Tripp ge-

H0375 - 0018

zwungen worden, seinen Ruecktritt zu beantragen. Wohltat, der deutsche Kommissar erzaehlte mir damals, dass diese Angelegenheit weiter in Berlin besprochen wurde.

VORSITZENDER : Ich glaube, die Frage lautete, ob Funk versuchte Dr. Tripp zum Vorsitzenden der hollaendischen Nationalbank zu ernennen, als dieser andere Mann von Seyss-Inquart ernannt war. Wissen Sie etwas darueber ?

DER ZEUGE : Ich weiss nur von Wohltat, dass Funk das versucht hat und dass Goering die Entscheidung anders getroffen hat auf Vorschlag des Reichskommissar und Dr. Fischboeck.

DURCH DR. SAUTER :

F : Sie bestaetigen, dass Funk sich bemueht hat den Hollaender Dr. Tripp als Praesidenten der hollaendischen Staatsbank zu erhalten ?

A : Ich nehme das an auf Grund eines Berichtes von Wohltat.

DR. SAUTER : Ich habe sonst keine Fragen mehr, Herr Vorsitzender

VORSITZENDER : Gibt es ein Kreuzverhoer ?

DURCH M. DUBOST :

F : Welcher Art waren die Befehle, die Ihnen die niederlaendische Regierung hinterlassen hatte, als Sie sich nach England begeben musste ?

A : Es handelte sich dabei um eine schriftlich formulierte Weisung der niederlaendischen Regierung fuer saemtliche niederlaendische Beamte der Verwaltung. Diese Weisungen basierten auf den Grundlagen der Hager Landkriegsordnung.

F : Diese Befehle gefaehrdeten also die deutsche Armee nicht ?

A : Nein

F : Dann erklaeren Sie bitte, wenn Sie es koennen, warum Holland ein besonderes Regime genoss; denn es war ja das einzige Land im Westen, welches am Tage nach dem Einfall schon einen Gauleiter bekam.

VORSITZENDER: Wollen Sie die Frage neuerlich stellen, M.Dubost. Der Uebersetzer hat es nicht verstanden.

H0375 - 0019

F : Kann der Zeuge erklaeren warum Holland am Tage nach dem Einfall in dieses Gebiet einen Gauleiter bekam und dass Holland das einzige Land im Westen in diesem Fall war ?

A : Wir haben die Ernennung eines Reichskommissars, welcher als ziviler Verwaltungschef in den Niederlanden auftrat, seinerzeit ueberhaupt fest im Sinne gehabt, da die deutsche Regierung auch politische Absichten in den Niederlanden vertrat und nicht reine Absichten einer Besatzungsmacht.

F : Ihrer Ansicht nach war es also, weil die deutsche Regierung die Absicht hatte, die nationalen Einrichtungen Hollands abzuaendern im Gegensatz zum primitiven Recht, und nach der Invasion wurde dann Seyss-Inquart ernannt.

A : Wir haben die Ueberzeugung gehabt, die von der Erfahrung bestaetigt wurde, dass alle moeglichen nationalsozialistischen Einrichtungen, in den Niederlanden eingefuehrt wurden und dass man den Versuch gemacht hat, sie den Niederlaendern aufzuzwingen.

F : Dieser Versuch wurde also gemacht ?

A : Ja.

F : Stimmt es, dass waehrend der Besetzung eine grosse Anzahl der Mitglieder der hollaendischen nationalsozialistischen Partei sich an fuehrenden Stellen der Polizei befunden haben und die deutschen Befehle zur Verhaftung von Juden oder zur Verhaftung von Mitgliedern der Widerstandsbewegung und von Geiseln durchfuehrten Ist das richtig ?

A : Ja.

F : Wenn die hollaendische Polizei mit diesen Verhaftungen zu tun hatte, so war es nur, weil sie dazu gezwungen war ?
Ist das richtig?

A : Die Verhaeltnisse lagen,so, dass alte niederlaendische Polizisten, wenn sie einmal an solchen Sachen teilgenommen haben, das getan haben, weil sie dazu gezwungen wurden. Es gab aber hollaendische Polizisten, welche von den deutschen Behoerden ernannt waren und das waren im allgemeinen Mitglieder der NSB, und diese haben zum Teil sich freiwillig, solchen uebelen Aufgaben zur Verfuegung gestellt.

H0375 - 0020

F : Stimmt es, dass man die Frauen und die Kinder der Beamten der hollaendischen Polizei, die sich weigerten, die Befehle der deutschen Behoerden durchzufuehren, als Geiseln genommen hat ?

A : Mir ist bekannt, dass in verschiedenen Faellen Familien der Beamten als Geiseln gefasst wurden, die sich den Befehlen widersetzten. Es ist weiter bekannt, dass dies nicht nur bei der Polizei geschehen ist, sondern auch in anderen Faellen.

F : Es wurde hier behauptet, dass die Diamanten, die in Arnheim weggenommen wurden, alle in den Niederlanden wiedergefunden wurden ? Stimmt das ? Das hat Zeuge Wimmer ausgesagt. Ich wiederhole : Es wurde behauptet, dass die Diamanten, die in Arnheim gestohlen wurden, wieder gefunden worden sind in den Niederlanden.

A: Was war in Arnheim gestohlen ?

F : Diamanten.

A : Diamanten. Die Sache der Diamanten ist ein typisches Beispiel, wie man sich an niederlaendischen Eigentum vergreifen wollte. Diese Diamanten lagen in einem Banksafe in Arnheim. Nach der Invasion in Normandie, wurden bereits Versuche von der deutschen Seite gemacht, sich dieser Diamanten habhaft zu machen, indem man von dem Direktor der niederlaendischen Behoerde, die sich mit Diamanten befasste und spaeter auch von mir , die Schluessel zu dem Banksafe verlangt hat.
Wir haben das abgelehnt und dann wurde am Tage der Luftlandungen bei Arnheim von der deutschen Wehrmacht dieses Safe gesprengt. Bei dieser Sprengung hat man scheinbar nur die Haelfte der Diamanten gefunden und diese in Berlin zur Reichsbank geschafft. Dann hat, als ich in dieser Angelegenheit protestierte, Fischboeck gesagt, sie seien nur zu treuen Haenden in Berlin bei der Reichsbank hinterlegt worden. Ich habe dann von ihm verlangt, dass diese Diamanten zurueckgegeben wuerden. Inzwischen wurde festgestellt, dass die Haelfte noch in Arnheim anwesend sein wuerde. Das Riesenschutzkommando hat dann wieder von mir die Schluessel, die ich in meiner persoenlichen Verwahrung hatte, abverlangt. Ich habe da verweigert und hatte dann wieder eine Besprechung mit „Fischboeck

H0375 - 0021

dem diese Sache sicherlich unangenehm war und Fischboeck hat uns dann zugestanden, dass wir die verbleibenden Diamanten, die wir dann tatsaechlich mit unseren eigenen Schluesseln wieder in Arnheim gefunden haben, dem Eigentuemer zurueckerstattet haben. Die Haelfte, die aber in Berlin war, da war man nur bereit sie zurueck zugeben, falls sie wieder unter einem deutschen Verschluss im oestlichen Teil der Niederlande in einer Bank hinterlegt wuerden. Ich habe dann von Fischboeck die Freigabe, ohne Vorgehalt, verlangt. Dem konnte er scheinbar nicht zustimmen und deshalb waren diese Diamanten nach der Befreiung der Niederlande nicht zurueckgekehrt und, soweit ich informiert bin, sind sie bis heute noch nicht zurueckgekehrt.

F : Hat Seyss-Inquart den 1000 Juden, die nach Theresienstadt deportiert wurden, ihre Guter zurueckgegeben ?

A : Was die Frage der Juden, die nach Theresienstadt deportiert wurden, anbelangt, ist mir bekannt, dass diese Leute auf Grund einer Zusage, die mein Kollege Fredericks bekommen hat, eine besondere Behandlung bekommen wuerden. Dass ihnen das Vermoegen zurueckerstattet wurde, ist mir nicht bekannt und ich glaube es auch nicht.

F : Wurde ihnen ihr Vermoegen zurueckerstattet ? Ich wiederhole Wurde diesen Leuten ihr Vermoegen zurueckerstattet, das Vermoegen dieser Leute war doch beschlagnahmt worden ?

A : Es war beschlagnahmt und ich habe nicht gehoert, dass es ihnen zurueckerstattet wurde.

F : Seyss-Inquart hat gesagt, dass im Februar 1941 400 Juden aus Amsterdam nach Mauthausen gebracht wurden, als Vergeltungsmassnahme fuer die Tatsache, dass ein Mitglied des NSB in Amsterdam ermordet wurde und zwar angeblich von Juden. Was koennen Sie zu diesem Zwischenfall sagen ?

A : Mir ist bekannt, dass im Februar 1941 zwei Schwierigkeiten in Amsterdam waren. Eine Schwierigkeit, die bezog sich auf die Werkarbeiter, die man damals in einem Umfang, von ich glaube, 3000 Mann, zwangsweise nach Deutschland verschicken wuerde. Es

H0375 – 0022

ist mir in einer Intervention bei Seyss-Inquart gelungen, das damals zu verhindern. Es hat aber auch Aufregung in Amsterdam aus diesem Anlass gegeben und zweitens, dass damals die Juden bereits in Amsterdam verhaftet wurden und das hat zu einem Streik Anlass gegeben. Der Zwischenfall von diesen 400 Juden, worueber Sie sprechen, ist meiner Erfahrung nach nach dem Streik in Amsterdam erfolgt, weil man die Juden haftbar machen wollte fuer den Streik. Fischboeck hat mir das damals selbst gesagt und ich habe ihm damals gesagt, dass ich das nicht glaube; dass das eine Ausrede sei.

F : Wenn ich Sie richtig verstehe, wurden die Juden verhaftet weil die Bevoelkerung Amsterdam's sich ihrer Deportation entgegenstellte. Es hat Demonstrationen gegeben, im Verlauf dessen ein Mitglied des NSB getoetet wurde. Die Juden wurden also nicht infolge des ermordeten NSB Mitgliedes deportiert. Der Mann wurde getoetet, als er sich daran machte, die Juden zu verhaften, nicht wahr, da konnte von Repressalie noch keine Rede sein.

A : Ich erinnere mich aus diesen Tagen, dass die Amsterdamer Arbeiterschaft sich widersetzte, als man damals Juden verhaften wollte und, dass das zu Unregelmaessigkeiten in Amsterdam und zu dem Streik gefuehrt hat. Wie es sich genau ergeben hat, das ist mir nicht aus Erfahrung bekannt.

F : Hat Seyss-Inquart es verboten, den Arbeitern, die sich nicht nach Deutschland begeben wollten, Lebensmittelkarten auszuhaendigen ?

A : Als im Mai 1940 die sogenannten Jahrklassen aufgerufen wurden fuer den Arbeitseinsatz nach Deutschland, ist am 6. Mai eine Weisung an die zustaendigen niederlaendischen Behoerden ergangen, in welcher Weisung mitgeteilt wurde, dass Arbeiter, die fuer diese Jahrklassen aufgerufen wurden, keine Lebensmittelkarten mehr erhalten duerften. Das ist in einem Erlass vom 6. Mai 1943 herausgegeben, unterschrieben von einem Beamten des Reichskommissariats, namens Hefge. Wir haben diese Weisung bekommen und obgleich sie uns erreichte in dem Moment, wo Standrecht galt, ist diese Weisung von den niederlaendischen Behoerden nicht durc

H0375-0023

gefuehrt worden. Das Argument, was von den damaligen deutschen Behoerden geaeussert wurde, ging praktisch darauf hinaus : " Wer nicht fuer Deutschland arbeitet, bekommt kein Essen."

F : Seyss-Inquart hat behauptet, dass die Hollaender, die bis 1942 nach Deutschland gegeben sind, alle Freiwillige waren ? Stimmt das ?

A : Nein, es konnten nicht alle Freiwillige sein, denn die Arbeitslosen in den Niederlanden bekamen eine Arbeitslosenunterstuetzung und kurz nach der Besetzung wurde eine Weisung herausgegeben, dass Leute, welche geeignet seien, fuer Arbeitseinsatz in Deutschland und die sich diesem Arbeitseinsatz freiwillig verweigerten, keinen Anspruch mehr auf Arbeitslosenunterstuetzung hatten. Sie standen also unter einem wirtschaftlichen Druck.

F : Es wurde hier sehr lange eroertert, ob Rauter Seyss-Inquart unterstellt war oder nicht. Wissen Sie das ?

A : Nach unserem Wissen in den besetzten Gebieten war Rauter von Seyss-Inquart eingesetzt im Anfang Juni 1940 als Generalkommissar fuer das Sicherheitswesen. Es ging aus keiner Verordnung, die damals bekannt war, hervor, dass der Rauter irgend eine Sonderstellung hatte; denn aus dem Erlass des deutschen Reichskanzlers vom 18. Mai 1940 ging fuer uns Niederlaender klar hervor dass der Reichskommissar der einzige Verantwortliche Mann in den Niederlanden war, fuer die Besatzungsmacht im zivielen Bereich, und erst viel spaeter aus Gespraechen ist es mir und ueber andere Leute, die besser informiert worden waren, klar gewesen, dass der Rauter direkte Befehle bekam von Hitler oder von dem Reichssicherheitshauptamt; aber die Bevoelkerung der Niederlande konnte dieses nicht wissen.

F : Sie kennen wahrscheinlich die Wirkung der Aufhebung der Devisengrenze, die Wirkung, die das hatte auf die hollaendische Wirtschaft, nicht wahr ?

A : Ja, Ich will den Versuch machen in ein paar Worten diese Sache zu schildern : Bei Kriegsausbruch gab es Clearing, also ein Verrechnungsabkommen zwischen den Niederlanden und Deutschlan

H0375 - 0024

Das gab uns niederlaendischen Behoerden im Anfang der Besetzung die Moeglichkeit, eine besondere Kontrolle auszuueben fuer Warenlieferungen und dergleichen nach Deutschland, weil wir nicht nur eine Granzkontrolle von Zollbeamten hatten, sondern auch die Zahlungen kontrollieren konnten. Das war insbesondere dem Fischboeck unangenehm, dass hollaendische Behoerden immer wieder etwas ablehnen konnten; das war ihm sicherlich sehr unangenehm und gab zu Reibereien Anlass. Dann hat er den Versuch gemacht diesen Clearing zu erledigen und dadurch ist also die Aufhebung der Devisengrenze am 1. April 1941 entstanden. Das hat die Moeglichkeit gegeben, um in den Niederlanden alle moeglichen Waren angeblich zu kaufen gegen Reichsmark und unter Schutz von deutschen Behoerden, nach Deutschland zu schaffen. Ich gebe ein Beispiel : Es gab nach einer Untersuchung, die ich damals angestellt habe, einige Hundert von Aufkaeufern von Schmuckgegenstaenden und Gold- und Silbergegenstaenden in den Niederlanden. Diese Gegenstaende kann man sich bequem mitnehmen. Waere eine Kontrolle in der Zahlung dagewesen, dann ware es nicht moeglich gewesen, dass allein im Jahr 1938, nach unseren Schaetzungen, fuer 80 bis 100 Millionen Gulden an solchen Sache zu hohen Preisen nach Deutschland verschleppt wurden. Das Wesentliche war also, dass durch Aufhebung dieser Devisenkontrolle man also freier operieren konnte. Weiter war es eine Moeglichkeit, um an der Amsterdamer Boerse niederlaendische Wertpapiere zu kaufen; denn eines der Ziele, das man sich deutscherseits damals vorstellte, das wir die Verflechtung der niederlaendischen und der deutschen Wirtschaft und das konnte man am besten erreichen, indem man die Devisengrenze, die Devisenkontrol heisst das eigentlich, zwischen den besetzten Gebieten und Deutscland aufhob und dadurch wurden die niederlaendischen Interessen schwerer geschaedigt, als das in anderen besetzten Gebieten geschah, wo man diese Devisenkontrolle beibehielt. Ich moechte nur hinzufuegen, dass auch da natuerliche Wege gefunden wurden, um Ausbeutung durchzufuehren. Nur die Aufhebung der Devisengrenze das war eine kolossale Erleichterung der deutschen Politik in

H0375 – 0025

dieser Beziehung und das kam auch deutlich hervor aus einer Anordnung des Hermann Goering von 1942, worin die Kontrolle an der niederlaendisch-deutschen Grenze aufgehoben wurde und der Verantwortliche fuer den Vierjahresplan hereinschreiben konnte, dass man auch nicht an der Grenze kontrollieren duerfte, wenn Uebertretungen von Reichsvorschriften oder Uebertretungen von den Bewirtschaftsungsvorschriften stattgefunden haben. Das war die Ergaenzung, die Hermann Goering dazu machten.

VORSITZENDER : Herr Dubost, das Gericht ist der Ansicht, dass dasikuerzer behandelt werden sollte, diese Diskussion ueber die Frage der Devisenkontrolle und der Goldkontrolle.

M. DUBOST : Ich haette keine Fragen mehr ueber diesen Punkt zu stellen, Herr Praesident.

DURCH M. DUBOST

F : Welche Summe musste Holland an Deutschland fuer Besatzungskosten zahlen ?

A : Die Gesamtsumme, die bezahlt wurde am Ende der Besetzung, belief sich auf 8 1/2 Milliarden Gulden.

F : Unter welcher Form wurde diese Zahlung gefordert ?

A : Diese 8 1/2 Milliarden Gulden sind zusammengesetzt aus Krediten, die die Wehrmacht beanspruchte fuer die direkten Besatzungskosten in den Niederlanden. Weiter die Kosten des Apparates des Reichskommissariates und drittens Zahlungen, welche man den Niederlaendern auferlegt hatte, unter dem Ausdruck, wie er zuerst angewendet wurde, " Ausserbesatzungskosten ", also Kosten, welche die Wehrmacht in Deutschland machte im Interesse der Besatzungsmacht in den Niederlanden. Die Form, in der gezahlt wurde, war, soweit es Zahlungen in den Niederlanden waren, in niederlaendischem Geld, soweit es sich um Zahlungen in Deutschland handelte, bestanden sie aus Gold, welches von der niederlaendischen Bank gefordert wurde und aus Zahlungen aus den Guthaben, welche die Niederlaendische Bank bei der Reichsbank hatte.

F : Waren diese Zahlungen die Folge einer Klausel des Kapitulationsaktes ?

A : Ich habe seinerzeit Kenntnis genommen von den Kapitulationsbedingungen vom 14. Mai 1940. Darin wurde ueber Besetzungskosten ueberhaupt nichts erwaehnt.

H0375 - 0026

H0375 - 0027

F: Welchen Schaden hat Holland durch die Pluenderung der Produktionsmittel erlitten, wie Maschinen, Anlagen, Schiffe, Werften, und so weiter?

A: Es ist ausserordentlich schwierig, eine korrekte Zahl darueber zu nennen, weil sie in der Besetzungszeit nicht zusammengerechnet werden konnte. Mir ist aber bekannt, dass nach der deutschen Kapitulation die niederlaendische Regierung bei der Reparationskommission in Paris eine Summe von rund 25 Milliarden Gulden genannt hat als Schaden infolge der Besetzung. Das moechte inklusive dieser 8½ Milliarden Besatzungskosten sein, die ich vorhin erwaehnte.

VORSITZENDER: Herr Dubost, ist das nicht alles schon in dem hollaendischen Bericht enthalten?

M. Dubost: Ganz sicher nicht, Herr Praesident.

DURCH M, DUBOST:F: Wie entwickelte sich die Einstellung Seyss-Inquarts im Verlauf der Besatzung?

A: Ich moechte einen deutlichen Unterschied machen mit Bezug auf seinen Standpunkt nach dem Herbst 1944und den ersten 4½ Jahren.
Nach dem Herbst 1944 war er weit mehr offen fuer die niederlaendischen Interessen als vorher.

F: Bevor Sie Generalsekretaer der verschiedenen Niederlaendischen Verwaltung die Sie waehrend der Besatzung gehandhabt haben, waren Sie Chef des Aussenhandels in Holland. In dieser Eigenschaft haben Sie an internationalen Verhandlungen teilgenommen, und insbesondere haben Sie mir Vertretern Deutschlands verhandelt im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Fragen, die Ihr Land interessierten. Sie haben also Schacht gekannt?

A: Ja, ich habe Schacht, ich glaube, kennengelernt 1933 auf der Weltwirtscha Konferenz in London.

F: Im Verlauf Ihrer Unterredung mit Schacht kam es nicht dazu, dass Sie von ihm verlangten, dass er die Aufruestung Deutschlands bremsen solle, weil dies den deutschen Kredit zu Grunde richte?

A: Wenn ich diese Frage beantworten soll, dann muss ich zurueckgehen auf ein Gespraech vom Jahre 1936, als ich in Berlin war, und Herrn Schacht sprach aus Anlass von Handelsvertragsverhandlungen. In dieser Unterhaltung kam die internationale Finanzlage zur Spache, weil damals verschiedene Devisenabwertungen stattgefunden haben, des franzoesischen Franks, des schweizer Franks, des hollaendisc Guldens. Und in diesem Zusammenhang kam auch die Lage der deutschen Waehrung zur

H0375 - 0028

Sprache. In dieser Unterhaltung fragte Schacht mich, als ich etwas kritisierte, "Wie wuerden Sie es machen?" Ich habe damals gesagt, ich koennte ihm hoechstens eine private Meinung sagen, und habe ihm dann die Frage gestellt, ob, was damals diskutuert wurde, wenn Deutschland neue internationale Anleihen aufnehmen wuerde, Deutschland dann bereit sei, die Konsequenz zu tragen, wenn die Anleiheverpflichtungen, Zinsen und Amortisation, zur Folge haetten, dass die Rohstoffeinfuhren gesdrosselt werden muessten, und dass das einen unguenstigen Effekt auf die Arbeitsbeschaffung und auf die Aufruestung haben wuerde, ob Deutschland bereit sei, solche Konsequenzen zu akzeptieren. Wenn ja, dann waere meiner privaten Meinung nach, ueber internationale Anleihen zu sprechen; wenn nein, dann haette eine solche Diskussion wenig Sinn.

Darauf gab Schacht mir als seine Meinung bekannt, dass Deutschland eine Aufruestung brauche, um politisch international-gleichberechtigt dazustehen mit den anderen Grossmaechten. Nur auf einer solchen Grundlage koenne man verhandeln, Un damals sagte Schacht mir in seiner, ich moechte sagen, etwas ironisch-ueberspitzten Art: "Ich wuensche ein grosses und starkes Deutschland, und um das zu erreichen, verbinde ich mich sogar mit dem Teufel". Im Verlaufe dieser Diskussion stellte er Schacht, einge Fragen: also erstens mal die Bereinigung der Waehrungsfrage, zweitens die Kolonialfrage.

Bei der Kolonialfrage sagte er mir, dass es seiner Meinung nach fuer Deutschland moeglich sei, wieder Kolonien zu uebernehmen, und dass es dann die Verpflichtung auf sich nehmen wuerde, diese Kolonien nicht zu bewaffnen und dort keine Flottenstuetzpunkte einzur ichten. Wenn ein solches Programm zu erfuellen sei; glaube er, dass die Aussenpolitik Deutschlands und die Wirtschaftspolitik Deutschlands umgelagert werden koennte in anderem Sinne, und in der Beschreibung aeusserte sich Schacht mir gegenueber ganz besonders abfaellig ueber die antisemitische Tendenz, welche in Deutschland bestand; und er gab mit Beispiele seiner Stellungnahme zu dem Antisemitismus, und wie er ihn ablehnte, und gab mir als Beispiel, wie ich auch hinzufuegen moechte, seine Aussprache mit einem gewissen Kades, der Ministerpraesident in Braunschweig waere, der Hitler zum Deutschen gemacht habe.

F: Das ist aber rein anektodisch. Ich glaube, dass das nicht von Bedeutung ist. Schacht hat Ihnen gesagt, dass er die Juden verteidigt habe.

Was den Generalstab anbetrifft, moechte ich eine Frage stellen, Ist es nicht der deutsche Generalstab gewesen, der Befehl gab, in Rotterdam diese Razzien durch zufuehren?

H0375 - 0029

A: Es war ---

DR. LATERNSER: (Verteidiger des Generalstabs und OKW):

Herr Praesident, wenn ich die Frage eben richtig verstanden habe, soll nunmehr de Zeuge befragt werden, mit dem Ziel der Belastung der angeklagten Gruppe General-stab und OKW. Ich widerspreche der Befragung aus folgendem Grund:

Mir als Vertreter der angeklagten Gruppe ...

VORSITZENDER: (unterbrechend): Sehen Sie nicht das Licht, Sie sind zu schnell!

DR. LATERNSER:... Gruppe Generalstab und OKW ist durch den am 8. Juni ver-kuendeten Beschluss des Gerichtes untersagt worden, auftretende Zeugen zu vernehmen oder in Kreuzverhoer zu nehmen. Das Gleiche muss auch hinsichtlich der Anklage-behoerde gelten. Wenn ich Zeugen nicht zur Entlastung befragen darf, dann darf die Anklagebehoerde auch nicht Zeugen befragen zur Belastung, da die Regel fuer Verteidiger und Anklage im gleichen Sinne geregelt werden muesste.

M. DUBOST: Ich verzichte auf meine Frage.

VORSITZENDER: Ich hoerte nicht, was Sie sagten, Herr Dubost?

M. DUBOST: Ich sagte, Herr Praesident, dass ich auf meine Frage, die sich auf den Generalstab bezieht, verzichte, und dass ich jetzt zwei letzte Fragen in Bezug auf Seyss-Inquart stellen werde.

VORSITZENDER: Einen Augenblick, bitte.

(Kurze Pause)

Setzen Sie fort, Herr Dubost.

DURCH M. DUBOST: F: Hat Seyss-Inquart den Befehl gegeben, Razzien durchzufuehren in allen hollaendischen Gross-Staedten?

A: Meines Wissens, nein.

F: Wer hat den Befehl gegeben, diese Razzien durchzufuehren? Wer gab diesen Befehl?

A: Diese Razzien sind durchgefuehrt worden von der deutschen Wehrmacht. Von wem der Befehl genau stammt, ist mir nicht bekannt. Es ist mir bekannt, dass in Rotterdam, als diese Razzien, ich glaube, am 11. November 1944 durchge-wurden, der Divisionskommandeur in Rotterdam im Rathaus persoenlich darueber eine Ansprache gehalten hat, und diese Razzien organisiert hat.

F: Hat Seyss-Inquart aus Spitaelern nicht Kinder herausholen lassen, um sie nach Deutschland zur Arbeit zu verbringen?

H0375 - 0030

A: Die Frage ist nicht klar.

F: War es Seyss-Inquart, der Kinder aus den Spitaelern herausnehmen liess, um sie in den Dienst Deutschlands zu stellen?

A: Aus eigener Erfahrung ist mir darueber nichts bekannt.

F: Kinder, die von Soldaten gewisser SS-Einheiten herausgeholt wurden, geschah dies auf Befehl Seyss-Inquart?

A: Mir ist bekannt, dass die SS in den Niederlanden Soldaten geworben hat. Da hat immer, soweit ich das aus Zeitungen, Anschlagplakaten und Flugblaetter gesehen habe, die SS getan.

F: Wer hatte die Verpflichtung uebernommen, chemische Mittel, die in Holland fuer den Krieg fabriziert wurden, nicht zu benutzen? War es Seyss-Inquart, der diese Verpflichtung uebernommen hat?

A: Verzeihung, welcher Mittel?

F: Chemischer Mittel. Ich wiederhole: Wer hat die Verpflichtung uebernommen fuer den Krieg die chemischen Produkte, die in Holland fabriziert wurden, und sie lediglich fuer die hollaendische Landwirtschaft bereitzuhalten?

A: Es handelt sich hier um die Frage des Stickstoff-Duengemittels?

F: Ja.

A: Was die Stickstoff-Duengemittel anbelangt, so wurde von Anfang an die Zusage gegeben, dass die Stickstoff-Fabriken in den Niederlanden ausschliesslich Kunstduenger anfertigen wuerden. Dies geschah bis Mitte August 1944 eine Weisung kam, dass die Stickstoff-Duengemittel-Industrie ihre Produktion auf Sprengstoffe umstellen muesste. Diese Weisung war ausgegangen von einer Dienststelle des Reichskommissariats. Sie war unterschrieben von einem gewissen Herrn Brock. Ich habe daraufhin, als ich mit der Industrie gesprochen hatte, den Versuch gemacht, in dieser Angelegenheit bei Seyss-Inquart persoenlich zu intervenieren. Ich bekam darauf die Anwort von seinen Adjutanten, dass er bereits seine Entscheidung getroffen hat, und dass ich mich mit Herrn Viebich in Verbindung setzen koenne, dem Vertreter von Speer in den Niederlanden. Ich habe die Angelegenheit mit Herrn Viebich besprochen und ihm mitgeteilt, die niederlaendische Industrie und die niederlaendischen Arbeiter koennen nicht an Sprengstoff arbeiten. Darauf wurde mir bekanntgegeben - - -

VORSITZENDER: (unterbrechend): Herr Dubost, kann diese Frage nicht etwa kuerzer beantwortet werden? Die Frage ist doch: Hat Seyss-Inquart versprochen,

H0375 - 0031

dass die Chemikalien nur in Holland verwendet werden wuerden, und nicht fuer Kriegszwecke im Reich? Ist das nicht die Frage?

DURCH M. DUBOST: F: Sie haben die Bemerkung des Herrn Praesidenten eben gehoert. Versuchen Sie bitte etwas kuerzer zu antworten.

A: Wir hatten also die Zusage, dass nur Kunstduenger angefertigt wuerde; dann wurde verlangt, Sprengstoffe anzufertigen.

Seyss-Inquart lehnte - - -

VORSITZENDER: (unterbrechend): Herr Dubost, wir wollen das alles nicht noch einmal haben. Koennen Sie die Frage nicht kuerzer beantwortet erhalten?

M. DUBOST: Herr Praesident, ich habe die Antwort des Zeugen nicht verstanden. Sie ist nicht durchgekommen.

VORSITZENDER: Gut, wir werden uns nun vertagen.

(Worauf sich das Gericht fuer 10 Minuten vertagt).

M. DUBOST: Mit Erlaubnis des Gerichtes will ich noch 2 oder 3 Fragen stellen.

F: Zeuge, wissen Sie, unter welchen Bedingungen und aus welchen Gruenden die Haager Zeitung durch den Reichskommissar zerstoert wurde?

A: Ja.

F: Koennen Sie es sagen?

A: Ja. Die Haager Zeitung wurde zerstoert, weil die Arbeiter dieser Zeitung ablehnten, einen Artikel zu bringen gegen den Eisenbahnerstreik, welcher verfasst war vom Pressechef des Reichskommissariats. Das war der Grund warum er nicht veroeffentlich wurde.

F: Und ist durch Dynamit zerstoert worden, man hat die Gebaeude und die Maschinen in die Luft gesprengt?

A: Man hat sie gesprengt mit Sprengstoff.

DR. STEINBAUER: (Verteidiger fuer den Angeklagten Seyss-Inquart). Ich habe an diesern Zeugen keine Fragen mehr.

VORSITZENDER: Der Zeuge kann sich zurueckziehen.

DR. STEINBAUER: Ich rufe jetzt mit Zustimmung des Gerichtes den letzten Zeugen auf den Zeugenstand, Ernst Schwebel.

(Zeuge betritt den Zeugenstand).

VORSITZENDER: Geben Sie Ihren vollen Namen an, bitte.

ZEUGE: Ernst August S c h w e b e l.

H0375 - 0032

VORSITZENDER: Sprechen Sie diesen Eid mir nach:

Ich schwoere bei Gott, dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde.

(Zeuge spricht den Eid nach).

VORSITZENDER: Sie koennen sich setzen.

Direktes Verhoer durch Dr. Steinbauer:

F: Herr Zeuge, welche Funktion haben Sie vor Ihrem Dienstantritt in den Niederlanden begleitet?

A: Ich war Oberverwaltungs-Gerichtsrat in Berlin am Preussischen Oberverwaltungsgericht.

F: Wann sind Sie in die Niederlande gekommen?

A: Am 18. Mai 1940.

F: Ist es richtig, dass Sie ab Juni 1940 dann der Beauftragte des Reichskommissars in der Provinz Sued-Holland, mit den Staedten Haag und Rotterdam waren?

A: Jawohl.

F: Hatten Sie in dieser Eigenschaft als Provinz-Beauftragter dauernden Kont auch mit den niederlaendischen Verwaltungen in der Provinz und in den Gemeinden

A: Jawohl.

F: Ist Ihnen bekannt, wieviele von den Buergermeistern Ihrer Provinz noch aus der koeniglichen Zeit im Amte waren?

A: Am Schluss etwa die Haelfte bis zwei Drittel.

F: Hat der Reichskommissar die Beamtenkoerper in der Provinz und Gemeindeverwaltung stark ausgewechselt und abgeaendert?

A: Nein, sehr wenig. Soll ich ueber Aenderungen sprechen?

F: Ganz kurz, vielleicht nur die Gruende, warum?

A: Aenderungen wurden nur vorgenommen, wenn ---

VORSITZENDER: Herr Dr. Steinbauer, die Aenderungen sind schon von anderen Zeugen angegeben worden, nicht wahr, und es ist auch nicht im Kreuzverhoer darauf Bezug genommen worden. Stimmt das nicht, hat Seyss-Inquart nicht schon die Aenderungen angegeben, ohne dass sie unter Kreuzverhoer gestellt wurden?

DR. STEINBAUER: Ich gehe zu einer anderen Frage ueber.

F: Ist es richtig, dass im zweiten Fruehjahr 1944 der Ausnahmezustand verhaengt wurde?

H0375 - 0033

A: Jawohl, am 4. September im Umkreis von 30 km.

F: Und dass die Sicherheitsorgane in die Wehrmacht uebergegangen sind?

A: Ja, aber dieser Uebergang erfolgte nicht auf Grund der Verordnung ueber den Ausnahmezustand, sondern auf Grund einer besonderen militaerischen -- Verordnung.

F: -- erfolgte auf Grund der militaerischen Entwicklung?

A: Jawohl.

F: Ist es richtig, dass anfangs 1945 Sonderkommandos des Reichsfuehrers SS Himmler begannen, Zeitminen in oeffentliche Gebaeude Ihrer Provinz, fuer den Fall der Raeumung, zu legen?

H0375 - 0034

A: Von solchen Sonderkommandos von Himmler ist mir nichts bekannt. Ich kenne nur einen Fall, dass ein Oberleutnant dort erschien, das war aber, glaube ich, schon etwas frueher, der solche Massnahmen vornehmen wollte. Ich habe dann sofort mich mit dem Reichskommissar, auch dem Wehrmachtbefehlshaber, in Verbindung gesetzt, habe festgestellt, dass niemand von denen das wusste, und daraufhin ist auf Antrag des Reichskommissars diesem Oberleutnant sofort befohlen worden, dass er seine Taetigkeit einzustellen habe, auch, was er gemacht hatte, wegraeumen soll und sofort zu verschwinden habe. Naehere Dinge sind mir sonst nicht bekannt.

F: Ist Ihnen bekannt, dass anlaesslich der sogenannten Aktion "Wehrfaehige ins Reich" es in Gauda zu Ausschreitungen gekommen ist?

A: Ja; es waren von der Wehrmacht, die diese Sachen damals ausfuehrte in Verbindung mit einem Beauftragten des Ministers Goebbels, in seiner Eigenschaft als Reichskommissar fuer den totalen Kriegseinsatz, in Gauda, und in zwei anderen Stellen der Provinz, Sonderstellen gegruendet worden, und der Fuehrer dieser Stelle in Gauda fuehrte diese Sachen unkorrekt aus, ziemlich hart. Daraufhin habe ich mit dem Herrn Reichskommissar ueber diese Sache gesprochen Er hat sich dann sofort mit dem vorgesetzten General persoenlich in Verbindung gesetzt und gesorgt, dass dieser Offizier sofort abgeloest wurde.

F: Ist Ihnen ueber die Groesse der Widerstandsbewegung in Ihrer Provinz etwas bekannt ?

A: Die Widerstandsbewegung wurde an sich bekaempft durch die Sicherheitspolizei, in Verbindung mit der Wehrmacht. Was ich daruber weiss, sind nicht eigene Kenntnisse, aus eigener Verwaltungstaetigkeit, sondern Kenntnisse, die ich durch diese Verbindung mit den Stellen hatte. Darum weiss ich, dass die Widerstandsbewegung ungefaehr 50 000 erreichte, also schaetzungsweise, das heisst, solche Leute, die erfasst waren; damit meine ich die Leute, die andauernd in Taetigkeit waren, oder auf irgend eine Weise organisiert waren.

H0375-0035

F: Ist Ihnen bekannt, dass der Reichskommissar eine "Lebensmittelaktion fuer 250 000 hollaendische Kinder" eingeleitet hat ?

A: Ja, dass er sie eingeleitet hat, ist mir bekannt.

F: Sie waren Augen- und Ohrenzeuge der Versuche Seyss-Inquart's vorzeitig den Krieg zu beenden ? Schildern Sie uns ganz kurz die Herstellung dieser Verbindung mit dem Generalstabschef, des Herrn Generals Eisenhower.

A: Anfang April 1945 trat ein Herr von der Flicht an mich heran, Herr von der Flicht war Leiter der sogenannten "IKO", das heisst, der interkirchlichen Organisation zur Unterstutzung in Lebensmittelsachen.

F: Sie muessen, Herr Zeuge, etwas langsamer und deutlich sprechen. Ich verstehe Sie nicht, auch nicht in der deutschen Sprache.

A: Es trat an mich heran ein Herr von der Flicht; er war Leiter eines interkirchlichen Hilfswerkes zur Versorgung der Bevoelkerung mit besonderen Lebensmitteln. Von dieser Zeit her kenne ich ihn, und er sagte mir, er handle im Auftrage der Londoner-Niederlaendischen Regierung, und richte an mich die Frage, ob der Herr Reichskommissar bereit seim mit ihm zu verhandeln kurz ueber 3 Fragen.

1. Grosszuegige Versorgung der niederlaendischen Bevoelkerung durch die Alliierten,

2. Einstellung der Ueberflutungen,

3. Einstellung der Bekaempfung der Widerstandsbewegung.

Ich habe mich sofort mit dem Reichskommissar in Verbindung gesetzt; er hat sich auch sofort bereit erklaert, und wir haben 2 Tage darauf mit Herrn von der Flicht, und einem anderen Vertreter ---

VORSITZENDER: Herr Zeuge, wenn das gelbe Licht aufgeht, so bedeutet das, dass Sie zu schnell sprechen. Wenn Sie das gelbe Licht sehen, muessen Sie etwas langsamer sprechen.

ZEUGE: Jawohl.

VORSITZENDER: Sie haben uns gesagt, was Seyss-Inquart getan hat.

H0375 - 0036

A: Ja. Seyss-Inquart hat sich also bereit erklaert, sofort ueber diese Frage zu verhandeln. Es hat dann eine Besprechung zwischen dem Herrn von der Flicht und noch einem anderen Vertreter der Londoner-Regierung, das ist ein Junker Six, und mir, zusammen unter Vieren, stattgefunden. Da haben wir uns darueber geeinigt zunaechst ueber den einen Punkt, sofort definitiv, dass alles Vorgehen gegen die Widerstandsbewegung eingestellt wuerde, wohingegen die Widerstandsbewegung sich verpflichtete, keine Sabotageakte mehr vorzunehmen. Der Reichskommissar erklaerte sich bereit, auch auf die grosszuegige Versorgung durch die Alliierten einzugehen und die Ueberflutungen einzustellen; wenn darueber im Einzelnen verhandelt wuerde. Das Ergebnis dieser Besprechung ist dann heruebergebracht worden nach London, indem ich an einer Stelle der Front 2 Niederlaender als Parlamentaere niedergesetzt habe. Es kam dann von drueben, nachdem verschiedene Verhandlungen hin- und hergegangen waren, die Anfrage, ob der Reichskommissar bereit sei, mit dem Herrn Oberkommandierenden, General Eisenhower, ueber diese Frage zu verhandeln. Es wurde dann sofort geantwortet "ja", und daraufhin bin zunaechst ich am 28. April ueber die Front gegangen bei Ammersford, und habe dort kurz verhandelt mit dem General Francis Gengard, das war der Chef des Generalstabes von Feldmarschall Montgomery.

VORSITZENDER: Sie brauchen darueber keine weiteren Einzelheiten, nicht wahr ?

A: - - - und dabei haben wir also festgelegt in dieser Besprechung, dass 2 Tage darauf eine Besprechung sein sollte, zwischen ---

DR. STEINBAUER: Herr Zeuge, die Details sind nicht so wichtig, sondern das Wesentliche ist, das Resultat dieser Besprechung im Interesse der hollaendischen Bevoelkerung.

ZEUGE: Jawohl. Es kam also diese Unterredung am 30. April zustande, zwischen dem Reichskommissar und dem Chef des Generalstabes General Eisenhower; das war der General Beedle-Smith. In dieser Besprechung ist der Herr Reichskommissar vollstaendig auf

H0375-0037

die Wuensche des Generals Beedle-Smith eingegangen, und zwar sollte eine ganz grosszuegige Versorgung der niederlaendischen Bevoelkerung stattfinden.

VORSITZENDER: Wenn er sagt, dass er mit den Bedingungen des Generals Beedle-Smith uebereinstimmte, denn ist doch das alles,was Sie wuenschen, nicht wahr ?

DR. STEINBAUER: Ja, das genuegt vollkommen.

F: Dadurch ist, ich frage Sie jetzt, der Krieg praktisch um 2 Monate frueher beendet worden ?

A: So kann man nicht sagen. Es war so: Fuer die hollaendische Bevoelkerung wurde mit diesem Tage allerdings der Krieg praktisch beendet, denn diese Versorgung, wie sie da stattfinden konnte durch die Luft, ueber den Strassenweg, ueber die Kanaele, ueber die Fluesse, ueber die See nach Rotterdam war so grosszuegig, und es mussten ja, damit diese Transporte alle erfolgen konnten, auf diesen Wegen ueberall Waffenruhen vereinbart werden, sodass tatsaechlich eigentlich damit, wenn auch nicht formell, der allgemeine Waffenstillstand praktisch da war, sodass die Bevoelkerung sofort damals in diesen Genuss kam.

DR. STEINBAUER: Herr Praesident, ich habe keine weiteren Fragen an diesen Zeugen.

VORSITZENDER: Der Zeuge kann sich zurueckziehen.

ZEUGE: Darf ich hierzu noch etwas sagen, Herr Praesident ?

VORSITZENDER: Wenn der Verteidiger Sie nicht mehr weiter befragen will, wollen wir keine weiteren Bemerkungen haben.

Ist ein anderer Verteidiger, der Fragen an den Zeugen stellen will ?

Will die Anklage Kreuzverhoer beginnen ?

<u>VERhoer durch M. DEBENEST</u>:

F: Herr Zeuge, Sie sprachen vor kurzem von den Verhandlungen, die Sie unternahmen mit dem Delegierten der Regierung von London. Wissen Sie, dass diese Delegierten, bevor Sie diese Verhandlungen aufnahmen mit dem Reichskommissar im April 1945 als Bedingung stellten, dass niemand mehr erschossen werden sollte durch deutsche

H0375 - 0038

Personen, die Zivil- oder Militaer-Autoritaet haetten, ausserdem diese Personen wuerden erst vor ein richtiges Gericht gestellt und von diesem Gericht verurteilt werden.

: Jawohl.

F: Eine andere Frage. Haben diese Delegierten den Reichskommissar nicht gebeten, dass sich die SS den Bedingungen eines Vergleiches anpassen sollte der den Feindseligkeiten ein Ende zu bereiten wuerde ?

A: Das ist auch geschehen. Es ist demnach nichts mehr gegen die Widerstandsorganisationen unternommen worden von dieser Zeit an.

F: Sehr gut. Ist es richtig zu sagen, dass der Reichskommissar geantwortet hat, dass er in seiner Eigenschaft als Obergruppefuehrer der SS in der Lage waere, ueber die SS zu bestimmen und sicherzustehen, dass sie die Bedingungen dieses Akkordes auch einhalten wuerde, dass er dafuer gut stehen koenne ?

A: Ein Abkommen in dem eigentlichen Sinne all dieser ganzen Besprechungen war ---

F: Nein, bitte warten Sie. Ich frage, ob der Reichskommissar diese Antwort den Delegierten der Londoner-Regierung gegeben hat ?

A: Er hat gesagt, er sei auch Obergruppenfuehrer der SS und er koenne dafuer sorgen, dass sich die SS in diese Abmachung fuege.

F: Ich danke Ihnen. Nun die letzte Frage. Kannten Sie einen Beamten Kiehl, K i e h l , des Reichskommissariats ?

A: Kiehl, Jawohl, den kannte ich.

F: Hat er nicht im April 1945 Richtlinien gegeben, was die Ueberflutung des Weeringer Meeres betrifft ?

A: Herr Kiehl hat meines Wissens keine Richtlinien gegeben, die konnte er auch gar nicht geben. Herr Kiehl war ein Wasserbausachverstaendiger, ein sehr guter. Aber bezueglich Ueberflutungen konnten nur die hoechsten militaerischen Stellen befehle Geben. Das war also in diesem Fall der Generaloberst Blaskowitz.

DR. LATERNSER (Verteidiger fuer den Generalstab und OKW):

H0375-0039

Ich widerspreche dieser Befragung des Zeugen. Die Befragung dieses Zeugen wird ja erneut dazu vernommen, eine Belastung des Generalstabes und des OKW herbeizufuehren. Ich habe bereits bei dem vorhin schon angebrachten Widerspruch vorgetragen, dass, wenn ich nicht Zeugen zur Entlastung befragen kann, das gleiche auch fuer die Anklage hinsichtlich belastender Fragen gelten muss. Ich bitte, die letzte Aussage zu streichen.

MR. DEBENEST: Verzeihung.

VORSITZENDER: Was sagen Sie, Mr. Debenest ?

MR. DEBENEST: Herr Praesident, ich wollte nur sagen, dass, wenn ich die Frage stellte, folgt sie der Information, die ich erhalten habe, wo es sich nicht um die Armee drehte, sondern um die Anweisungen von einem Zivil-Beamten des Reichskommissariats, und infolgedessen verstehe ich nicht, warum der Verteidiger unterbrochen hat. Ich habe durchaus nicht gewusst, ob der Zeuge mir sagen wuerde, ob die Armee verantwortlich war, als ich vom Reichskommissar sprach.

VORSITZENDER: Jawohl, Sie duerfen die Frage stellen.

M. DEBENEST: Wollen Sie fortfahren ?

ZEUGE: Herr Kiehl war Wasserbausachverstaendiger des Reichskommissars; er war aber auch gleichzeitig Wasserbausachverstaendiger des Wehrmachtbefehlshabers. Er wurde von beiden Stellen gehoert als reiner Sachverstaendiger; allerdings er war ein sehr guter Sachverstaendiger. Aber irgend eine Anweisungsbefugnis konnte e nicht geben.

F: Bitte, antworten Sie mir mit ja oder nein. Hatte Kiehl der Befehl weitergegeben, das Meeringer Meer zu ueberfluten ?

A: Nein, kann er nicht gegeben haben.

F: Ich frage nicht, ob er den Befehl gab, ich frage, ob er ihn weitergab ?

A: Davon weiss ich gar nichts. Ich weiss nicht, inwieweit ueberhaupt Herr Kiehl mit diesem Befehl etwas zu tun hatte.

F: Also, das genuegt mir. Was war nun das Interesse damals,

H0375 – 0040

des Weeringer Meer zu ueberfluten ? Man dachte doch damals, dass der Krieg schon vorbei waere ?

A: Nein, als das Weeringer Meer ueberflutet wurde, war der Krieg noch nicht fertig, waren auch diese Verhandlungen noch nicht abgeschlossen. Als dieses Weeringer Meer ueberflutet wurde so habe ich es nachher von militaerischer Seite gehoert- bestand die Gefahr, dass eine Luftlandung auf dem Gelaende des Weeringer Meer erfolge, und dass damit der Abschluss, der den Zugang von Friesland und Nord-Holland bot, in die Haende des Feindes fiel. Das ist der Grund gewesen, warum man von militaerischer Seite diese Ueberflutungen fuer notwendig gehalten hat. So habe ich es nachher gehoert.

F: Aber wurde nicht damals der Krieg in Holland als von den Deutschen verloren betrachtet?

A: Nein. Zu dem Zeitpunkt hat man ihn nicht fuer verloren gehalten. Jedenfalls die Armee hatte zu dieser Zeit voellig eigenen Handlungsauftrag, den sie eben ausfuehren musste. Die Gefahr bestand, dass da eine solche Landung erfolgte.

M. DEBENEST: Das genuegt, ich bin fertig, Herr Vorsitzender.

H0375 - 0041

DR. STEINBAUER: (Verteidiger fuer den Angeklagten Seyss-Inquart) :

Ich haette keine Frage mehr an Sie gehabt, Herr Reichsrichter, wenn nicht der franzoesische Anklaeger eine Frage angeschnitten haette.

Was hat Ihnen der General Smith ueber die Ueberschwemmungen des Weeringer Meeres gesagt?

A: Der Herr General Smith hat in dieser Verhandlung gesagt, gegen Schluss; was bisher an Ueberflutungen vorgenommen worden ist, das kann ich als militaerische Notwendigkeit geschehen hinnehmen. Von nnn an aber sollen dann keine mehr erfolgen.

F: Sind noch welche vorgenommen worden?

A: Nein, danach sind keine weiteren mehr vorgenommen worden.

DR. STEINBAUER: Danke, ich habe keine weitere Frage mehr an den Zeugen.

VORSITZENDER: Der Zeuge kann sich zurueckziehen.

DR. STEINBAUER: Herr Praesident. Ich habe damit das Zeugenverhoer abgeschlossen und moechte auf die Urkunden verweisen, die ich in meinen Dokumentenbuechern dem Gericht vorgelegt habe. Ich wurde auch verstaendigt, dass das Dokumentenbuch Nr. 3 dem Gericht uebermittelt wurde und moechte zum Abschluss noch eine Urkunde vorlegen, unter Nr. 91, zur Frage des Hirtenbriefes der katholischen Bischoefe, anlaesslich der Abstimmung in Oesterreich. In dieser Erklaerung wird auch auf die Stellung des Gauleiters Buerckel verwiesen, aus der hervorgeht, dass die Verfolgung der Kirche nicht Seyss-Inquart angelastet werden kann, sondern die Verantwortung auf Buerckel zurueckfaellt. Um Zeit zu sparen, moechte ich bitten, die Urkunde, ohne Verlesung, zur Kenntnis zu nehmen und ich schliesse damit mein Beweisverfahren, in Sachen Seyss-Inquart.

VORSITZENDER: Herr Dr. Steinbauer. Haben Sie alle Dokumente, die Sie anbieten wollen, mit Ihren Dokumentenbuechern angeboten?
Haben Sie dieselben als Beweisstuecke angeboten?

DR. STEINBAUER: Ich habe die Frage nicht verstanden?

VORSITZENDER: Haben Sie alle Dokumente, die Sie als Beweisstuecke anbieten wollen, angeboten und ihnen Exhibit-Nummern gegeben?

DR. STEINBAUER: Ja, es fehlen nur, Herr Praesident, einige Affidavits, die das Hohe Gericht zugelassen hat, und zwar Voelker, Bolle und Pauter. Ich hoffe, dass sie noch in naechster Zeit einlaufen werden.

VORSITZENDER: Herr Dr. Steinbauer. Sie muessen jedes dieser Dokumente als

H0375-0042

Beweisstueck anbieten. Sie muessen das sagen. Allein damit, dass Sie die Urkunden in die Buecher bringen, macht sie noch nicht Beweisstuecke. Sie muessen diese als Beweisstueck anbieten, wenn Sie das so tun wollen. Sie muessen ihnen Nummern geben. Sie koennen Sie alle zusammen anbieten. Wollen Sie alle Dokumente von Nr. 1 bis, ich weiss nicht welche die letzte Nummer ist, es scheint 105 zu sein ?

DR. STEINBAUER: Ja, ich biete alle Nummern in meinen drei Dokumentenbuechern, von 1 bis 107 ....

VORSITZENDER: Herr Dr. Steinbauer, sind die Nummern in den Buechern die Exhibit-Nummern, die Sie den Dokumenten geben wollen?

DR. STEINBAUER: Ja, sie sind fortlaufend numeriert und sind entsprechend auch in meinem Dokumentenbuch.

VORSITZENDER: Sie wollen also von Nr. 1 bis zur letzten Nummer, als Beweisstueck anbieten. Ist das richtig?

DR. STEINBAUER: Ja.

VORSITZENDER: Sie haben einige, waehrend des Verhoers, Ihren Zeugen angeboten?

DR. STEINBAUER: Einzelne, die habe ich nach den Nummern meines Dokumentenbuches angefuehrt.

VORSITZENDER: Sie wollen also jetzt den Rest anbieten?

DR. STEINBAUER: Den Rest auch noch.

VORSITZENDER: Unter den Nummern, die Sie im Dokumentenbuch haben?

DR. STEINBAUER: Ja.

VORSITZENDER: Und Sie bieten alle Originale unter diesen Nummern an?

DR. STEINBAUER: Anbieten, soweit sie in meinem Besitze sind und ich, nach dem Beschluss des Gerichtes die Erklaerung abgeben kann, dass ich eidlich erklaere, dass die Auszuege mit den Buechern uebereinstimmen.

VORSITZENDER: Sie haben beglaubigt, dass sie wahre Kopien der Originale sind, gemaess den Bestimmungen des Gerichtshofes?

DR. STEINBAUER: Ja.

VORSITZENDER: Gut.

DR. FRITZ (Verteidiger fuer den Angeklagten Fritzsche):

Herr Praesident, Ich bitte das Hohe Gericht, zu genehmigen, dass der Angeklagte Fritzsche am Montag und Dienstag, naechste Woche, der Sitzung fernbleibt. Er benoetigt diese Zeit, um die Vorbereitung seiner Verteidigung zu beenden.

H0375 - 0043

VORSITZENDER: Gut.

DR. FLAECHSNER (Verteidiger fuer den Angeklagten Speer):

Herr Praesident, ich wollte dieselbe Bitte fuer meinen Mandanten, an das Gericht richten, weil er ja unmittelbar an den jetzt zur Verhandlung kommenden Fall, Papen, zur Verhandlung kommen wird. Ich bitte daher, ihn am Montag oder Dienstag ....

VORSITZENDER: Jawohl.

DR. LATERNSER (Verteidiger fuer den Generalstab und das OKW):

Herr Praesident, ich werde nur kurze Zeit das Gericht in Anspruch nehmen; ich muss aber einen fuer mich besonders wichtigen Antrag, der das Verfahren betrifft, stellen und ihn kurz begruenden.

Ich beantrage, das Gericht moege

1.) den am 8. Juni 1946 verkuendeten Beschluss aufheben.

2.) Eventuell nicht ....

VORSITZENDER: Dr. Laternser, wenn Ihr Antrag wichtig ist, so muesste er schriftlich erfolgen. Wenn er noch nicht schriftlich ist, so muessen Sie das tun. Sie wissen genau, dass das die Bestimmung des Gerichtshofes ist.

DR. LATERNSER: Ja, ich lege Wert darauf, dass der Antrag im Protokoll erscheint. Darf ich fortsetzen?

VORSITZENDER: Es wird im Protokoll enthalten sein, wenn Sie den Antrag schriftlich stellen. Sie sind schon seit vielen Monaten hier und kennen die Bestimmungen des Gerichtshofes sehr genau, auch, dass Antraege schriftlich gestellt werden muessen.

DR. LATERNSER: Jawohl. Da es sich um einen Antrag handelt, der das Verfahren betrifft, und der sich gruendet auf einen muendlich verkuendeten Beschluss, glaubte ich, dazu berechtigt zu sein, den Antrag auf diese Weise zu stellen.

VORSITZENDER: Nein, der Gerichtshof wuenscht Ihren Antrag schriftlich entsprechend der Bestimmung des Gerichtshofes.

Der Gerichtshof wird nun mit dem Fall des Angeklagten Papen, welcher, glaube ich, jetzt an der Reihe ist, fortsetzen.

DR. KUBUSCHOK: Ich beginne die Beweisverhandlung im Falle des Angeklagten Papen damit, dass ich den Angeklagten von Papen als Zeuge rufe.

(Der Angeklagte Franz von Papen betritt den Zeugenstand.)

H0375-0044

VORSITZENDER: Wollen Sie Ihren vollen Namen angeben?

A: Franz von Papen.

VORSITZENDER: Sprechen Sie mir folgenden Eid nach:

Ich schwoere bei Gott dem Allmaechtigen und Allwissenden, dass ich die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde.

(Der Zeuge spricht den Eid nach.)

VORSITZENDER: Sie koennen sich setzen.

DURCH DR. KUBUSCHOK:

F: Geben Sie bitte dem Tribunal in kurzen Zuegen eine Darstellung Ihres Lebenslaufes, insbesnndere von dem Zeitpunkt ab, in dem Sie in die Politik eintraten?

A: Nach einer kurzen Schilderung meines Lebenslaufes werde ich nur die Punkte hervorheben, die wesentlich sein werden, fuer die Beurteilung des Gerichtes ueber meine Persoenlichkeit, soweit sie naemlich zum Einfluss auf die Gestaltung meines Lebens, meiner politischen Auffassung geworden sind.

Ich bin geboren auf einer Scholle, die seit 900 Jahren im Besitze meiner Familie ist, in den konservativen Grundsaetzen aufgewachsen, die den Menschen auf Engste mit seinem Volk und seinem heimatlichen Boden verbindet und da mein Geschlecht immer eine feste Stuetze der Kirche gewesen ist, bin ich selbstverstaendlich auch in dieser Tradition aufgewachsen.

Als der zweite Sohn meiner Eltern wurde ich fuer die militaerische Laufbahn bestimmt. Mit 18 Jahren wurde ich Leutnant in einem Kavallerie-Regiment und ich durchschritt die uebliche Laufbahn . . .

VORSITZENDER: Ich glaube nicht, dass Sie uns Ihr Geburtsdatum gegeben haben?

A: Das Datum meiner Geburt ist der 29. Oktober 1879.

VORSITZENDER: Dass Sie einem Kavallerieregiment im Alter von 18 Jahren beitraten.

A: Wesentlich fuer meine Entwicklung . . .

DR. KUBUSCHOK: Es liegt wohl ein Uebersetzungsfehler vor, nicht 1918, sondern mit 18 Jahren.

VORSITZENDER: Das habe ich gesagt.

A: Wesentlich fuer meine Entwicklung ist sodann meine Vermaehlung mit der Tochter des Saarlaendischen Industriellen, des Geheimrates von Boch. Die Ver-

H0375 - 0045

wandtschaften mit dieser Familie haben mich mit zahlreichen franzoesischen und belgischen Familien zu einer intimen Kenntnis der geistigen und kulturellen Faktoren dieser Nachbarlaender gefuehrt, die damals einen lebhaften Eindruck auf mich machten. Es ist schon seit dieser Zeit, seit 1905, dass ich die Ueberzeugung gewann, wie falsch eine gewisse politische Einstellung sei, dass Frankreich und Deutschland verurteilt wären, einander ewig als Feinde zu betrachten. Ich empfand, wieviel beide Voelker sich gegenseitig zu geben haetten, wenn ihre friedliche Entwicklung nicht gestoert wuerde.

In den folgenden Jahren absolvierte ich die Kriegsakademie und ich wurde 1913, nach fuenfjaehriger Vorbereitung, in den Generalstab uebernommen. Ende 1913 wurde ich, auf Befehl seiner Majestaet des Kaisers, zum Militaer-Attache, in Washington und in Mexiko ernannt. In dieser Eigenschaft habe ich im Sommer 1914 das USA-Expeditionskörps begleitet, das nach Vera-Cruz geschickt wurde, infolge des Flagg-Zwischenfalles von Tampico. In Mexiko ueberraschte mich der Ausbruch des ersten Weltkrieges. Bis Ende 1915 verblieb ich in meiner Stellung in Washington.

Dieser Abschnitt ist von einer einschneidenden Bedeutung fuer mein politisches Leben geworden. Unser, mit legalen Mitteln, gefuehrter Kampf gegen die einseitige Belieferung unserer Feinde mit Kriegsmaterial, fuehrte zu einer heftigen Polemik und Propaganda. Diese von der Feindseite genaehrte Propaganda suchte die militaerischen Attache's Deutschlands mit allen Mitteln zu verdaechtigen, illegale Akte, insbesondere Sabotage-Akte organisiert zu haben.

Nachdem ich Ende 1915 die Union-Staaten verlassen habe, habe ich leider niemals versucht, diese falsche Propaganda richtig zu stellen, Aber diese Propaganda hat mich verfolgt bis in die Dreissiger Jahre, ja bis heute, und sie hat mir ihren Stempel aufgedrueckt, denn noch nach 1931 stellte beispielsweise, um nur einen Fall zu nennen, die Lehigh Valley Company von der Mixed Claims Commission die Behauptung auf, ihr Claim an das deutsche Reich von 50 Millionen Dollar sei gerechtfertigt, weil ich, der deutsche Militaerattache, eine Sprengung verursacht haette, die im Jahre 1917 stattfand; 2 Jahre, nachdem ich die Vereinigten Staaten verlassen hatte.

Ich erwaehne dies, Herr Praesident, weil diese Propaganda mich mit Titeln beehrt hat, wie "Master Spy" "Chief Plotter" und andere schoene Namen an das Deutsche Reich, weil diese Propaganda den Untergrund bildete fuer die Beurteilu

H0375 - 0046

meiner Persoenlichkeit, die ich 1932 gefunden habe, als ich in das oeffentliche Leben eintrat.

VORSITZENDER: Ich glaube, das waere ein passender Zeitpunkt, abzubrechen.

(Woraufhin sich das Gericht auf 1400 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

H0375-0047

NACHMITTAGS - SITZUNG.

Die Verhandlung beginnt 14.00 Uhr, 14.Juni 1946.

GERICHTS-OFFIZIER: Hohes Gericht, die Angeklagten Funk und Speer sind von der Sitzung abwesend.

VORSITZENDER: Ja, Dr. Kubuschok.

Verhoer durch Dr. Kubuschok.

F: Wir warenvorher stehengeblieben bei der Bildung der oeffentlichen Meinung ueber Ihre Persoenlichkeit. Bitte fahren Sie in Ihrem Lebenslauf fort.

A: Ich hatte gesprochen von der Propaganda, die anlesslich des ersten Weltkrieges in den Vereinigten Staaten mit meiner Person getrieben wurde. Man hat sich in der Tat nie die Muehe gegeben, nachzupruefen, ob diese Beurteilung falsch oder richtig war. Das, was ich in jenen Jahren aktiv leisten konnte, naemlich dass ich gegen Sabotage aufgetreten bin, dass ich gegen den U-Bootkrieg gekaempft habe, das ist niemals bekanntgeworden. Diese Propaganda war oeffentliche Diffamierung, erreichte ihren Hoehepunkt in einem 19[illegible] in New-York veroeffentlichten Pamphlet mit dem schoenen Titel "The Devil in the Top Hat". Es gibt alle diese Maerchen wieder kritiklos und fuegt neue hinzu. So hat sich eine sogenannte oeffentliche Meinung ueber mich gebildet, die, wie ich glaube, ein vollkommenes Zerrbild meines Charakters, meiner Ansichten und vor allem meiner Motive in der Zeit von 1932 bis 1945 darstellt.
Ich bitte das Hohe Gericht, sich dieser psychologischen Zusammenhaenge zu erinnern, wenn ich versuchen werde, nun ein wahrheitsgetreues Bild meines Denkens und meines Handelns zu geben.
Nach der Rueckkehr nach Deutschland 1916 habe ich meine Pflicht als Soldat, als Bataillons-Kommandeur und als Generalstabsoffizier im Kriege in Frankreich getan.
1917 wurde ich zum Chef der Operations-Abteilung der Heeresgruppe Falkenhayn in der Tuerkei ernannt. Als Falkenhayn abberufen wurde 1918, wurde ich Chef des Generalstabes der 4. Tuerkischen Armee bis zum Waffenstillstand.
Vielleicht darf ich hier mit zwei Worten an eine Episode erinnern, nachdem so viel Schlechtes ueber mich in der Welt gesagt wird, eine Episode, die ergibt, dass ich etwas Nuetzliches habe tun koennen fuer die Menschheitsgeschichte.
Am 8.Dezember 1918 ist es mir nach harten Kaempfen mit dem deutschen und tuer-

H0375 – 0048

kischen Hauptquartier gelungen, Falkenhayn zur Raeumung von Jerusalem zu veranlassen. Diese Stadt ist nicht beschossen und nicht zerstoert worden von der englischen Armee auf Grund dieses Entschlusses.

VORSITZENDER: Die Uebersetzung war so, wie ich sie hoerte, dass das am 8.Dezember 1918 war; das muss 1917 gewesen sein.

DR.KUBUSCHOK: Nein, Herr Praesident, 1918.

ZEUGE: 8.Dezember 1918.

Als ich im November 1918 dann mit Atatuerk ueber den Abtransport der deutschen Truppen verhandelte, erreichte uns die Nachricht vom Zusammenbruch der deutschen Armeen und vom Thronverzicht des Deutschen Kaisers. Diese Tatsache beinhaltet fuer mich nicht nur den Verlust des Krieges, eine ganze Welt war fuer mich zusammengebrochen. Das Deutsche Reich war aus einer tausendjaehrigen Entwicklung heraus zusammengebrochen; und alles, woran wir geglaubt hatten, war in eine undurchsichtige Zukunft getaucht. Ich entschloss mich aus dieser Caesur die Konsequenzen zu ziehen.

Nach Deutschland zurueckgekehrt, erbat und erhielt ich den Abschied von der Armee. Ich zog in meine Heimat, wo ich einen beschaidenen landwirtschaftlichen Besitz wartete. Dortwar ich auf traditionellen Boden widmete mich den heimatlichen Aufgaben. Alsbald haben meine baeuerlichen Freunde mich mit der Verwaltung ihres Gemeinwesens betraut. Sie waehlten mich zum Ehrenbuergermeister und sie entsandten mich 1923 in das Preussische Parlament. Als ich hierzu aufgefordert wurde, entschloss ich mich, nicht der Rechten, der Deutschnationalen Partei beizutreten, sondern der Mittelpartei, des Zentrums und fuer diesen Entschluss war meine Ueberzeugung massgebend, dass ich in dieser Partei sehr viel mehr fuer den Ausgleich auf sozialen Gebiet zu tun vermochte, als bei den Konservativen. Gleichzeitig vertrat ja diese Partei auch die Grundsaetze einer christlichen Staatsauffassung.

Die 8 Jahre, waehrend denen ich dem Parlament angehoerte, waren erfuellt vom Kampf um die innere Gesundung und Staerkung der Deutschen Republik. Innerhalb der Zentrums-Partei habe ich die konservativen Auffassungen meiner landwirtschaftlichen Waehler vertreten. Ich war bestrebt, diese Partei, die in Preussen mit der Linken koaliert war, auch fuer eine Koalition mit der Rechten zu gewinnen. Damit wollte ich einen Ausgleich schaffen helfen in den Spannungen, aus denen eigentlich der Nationalsozialismus geboren war. In diese Zeit fallen auch meine Bestrebungen, die Diskrimination Deutschlands durch zahlreiche Bestimmungen des Versailler-Ver-

H0375 – 0049

trag zu beseitigen und zwar auf dem Wege einer besseren Verstaendigung mit dem franzoesischen Volke.

Ich wurde Mitglied des Deutsch-franzoesischen Studien-Komitee's, eines Komitees, das von dem luxemburgischen Gross-Industriellen Meirisch gegruendet, eine grosse Zahl hervorragender Maenner beider Laender umfasste. Engere Beziehungen und Aussprachen verbanden mich auch mit den Veteranen-Verbaenden beider Laender, auf der franzoesischen Seite mit dem bekannten Fuehrer der Gueules Cassees, dem Colonel Picnot. Ich nahm regen Anteil an den Kongressen deutsch-franzoesischer katholischer Kreise, die in Paris und in Berlin veranstaltet wurden. Alle diese Bemuehungen galten dem Ziele, den europaeischen Frieden auf die Basis einer tiefen Kenntnis und Zusammenarbeit unserer beiden Laender zu stellen. Diese meine Erkenntnis wurde noch verstaerkt, seitdem ich 1929 in das Saargebiet uebergesiedelt war, das damals bekanntlich unter internationaler Kontrolle stand.

Als 1929 der Young-Plan von Deutschland angenommen wurde, habe ich Herrn Stresemann gebeten, mit Ms. Briand eine Regelung der Saarfrage ohne Abstimmung zu arrangieren, weil ich immer der Ansicht war, dass eine freimuetige beiderseitige Regelung dieser dornigen Frage weniger Ressentiments und mehr Gemeinschaftsgeist hinterlassen wuerde, als die Entscheidung eines auf beiden Seiten mit Passion gefuehrten Wahlkampfes. Leider kam es nicht dazu.

1930 setzte dann die grosse wirtschaftliche Weltkrise ein, welche Sieger und Besiegte gleichmaessig in ihren Bann zwang. Deutschlands neue demokratische Form war einer solchen Belastung nicht gewachsen und unter dem immer zunehmenden wirtschaftlichen Druck und zunehmender innerer Spannung kan es im Fruehjahr 1932 zur Bildung des Praesidial-Kabinetts Papen. Hier beginnt die politische Entwicklung, ueber die Rechenschaft abzugeben vor diesem Hohen Gericht ich erfreut bin.

FORTSETZUNG DER VERNEHMUNG DES ZEUGEN v. PAPEN:

Und ich darf hier eine Bitte an das Gericht anknuepfen. Das Hohe Gericht hat verfuegt, dass die Angeklagten sich kurz zu fassen haben, weil der Angeklagte Reichsmarschall Goering die Geschichte des Nationalsozialismus vollstaendig vorgetragen hat. Ich bitte zu beruecksichtigen, dass ich hier nicht fuer den Nationalsozialismus spreche, meine Verteidigung wird die des anderen Deutschlands sein.

F: Bei der Vernehmung des Zeugen ist es notwendig, auch des naheren auf die

H0375 – 0050

Ereignisse und die Reichskanzlertaetigkeit des Zeugen im Jahre 1932 einzugehen. Die Anklage erstreckt sich auf die Zeit ab 1. Juni 1932, dem Zeitpunkt der Ernennung des Herrn von Papen zum Reichskanzler. Die Anklage sieht in der Amtsfuehrung des Reichskanzlers eine Wegbereitung fuer die Regierung Hitlers. Die Verteidigung wird darlegen, dass die Regierung Papen konsequent ein neues, von den Ideen der NSDAP vollstaendig unabhaengiges Programm verfochten hat, ein Programm aus den eigenen politischen Grundanschauungen Papens, denen dieser auch in der Folgezeit treu geblieben ist.

VORSITZENDER: Dr. Kubuschok, es ist nicht angemessen, fuer den Anwalt, eine derartige Erklaerung abzugeben. Er muesste dieTatsachen vom Zeugen durch Befragung herausbringen, die Fragen selbst muessten so formuliert sein, dass sie nicht die Antworten des Zeugen suggestiv beeinflussen. Wir wuenschen die Antworten vom Zeugen selbst zu hoeren.

DR. KUBUSCHOK: Ich wollte nur darauf hinweisen, dass wir diesen Zeitabschnitt, der vor 1933 liegt, auch behandeln muessen und bitte um ein gueltiges Verstaendnis

VORSITZENDER: Wir muessen Sie davon abhalten, Beweisaussagen herauszulocken. Fragen Sie den Angeklagten, aber geben Sie nicht das Beweismaterial selbst.

DR. KUBUSCHOK. Wollen Sie, Herr Zeuge, dem Gericht erklaeren, wie die Lage in Deutschland war als Hindenburg Sie am 1. Juni 1932 berief, ein Praesidialkabinett zu bilden.

A: Bevor ich diese Frage beantworte, bitte ich mir zu erlauben, als einem der letzten Kanzler des Reiches ueber die von mir gefuehrte Regierung eine kurze Erklaerung abzugeben:

Ob und inwieweit die Charta des Gerichts nach unserem Erachten mit der Souveraenitaet des Reiches und seiner verschiedenen Regierungen vereinbart ist, wird spaeter von einem anderen der Herren Anwaelte dargelegt werden. Wenn die Anklage meine Taetigkeit als Kanzler des Reiches im Jahre 1932 behandelt, so nehme ich an, dass dies geschieht, um ein historisch wahrheitsgetreues Bild der Entwicklung zu erhalten und eine Beurteilung ueber meine Gesamtpersoenlichkeit. Aus diesem Grund werde ich zu der Anklage dieses Abschnittes Stellung nehmen. Indessen muss ich hier mit aller Entschiedenheit erklaeren, dieses Kabinett von 1932 hat nach bestem Wissen und Gewissen regiert im Rahmen der Verfassung und des dem Reichspraesidenten zustehenden Notrechtes in einer Zeit schwerster innerer und wirtschaftlicher Depressionen. Es ist historische Tatsache, dass die Regierungstaetig

H0375 – 0051

keit meines Kabinetts auch nicht den leisesten Verdacht eines Verbrechens im Sinne der Charta rechtfertigen wuerde. Dies festzustellen, Mylord, glaube ich, schuldig zu sein der Integritaet meiner, dem Anklaeger, und vor allem der Integritaet des Reichspraesidenten, des Feldmarschalls von Hindenburg, dieser letzten grossen historischen Figur Deutschlands.

Was Ihre Frage anbelangt: Dr. Bruening, mein Vorgaenger im Amt, war von uns allen hoch geschaetzt und mit hohen Erwartungen berufen. In seine Amtszeit faellt die grosse wirtschaftliche Krise, sie sollpolitische Abschnuerung durch das Ausland, Produktion und Handel fast voellig unterbunden, keine Devisen zur Beschaffung notwendiger Rohstoffe, zunehmende Arbeitslosigkeit, die Jugend liegt auf der Strasse und die weltwirtschaftliche Krise fuehrt zum Bankrott der Banken. Die Regierung ist nur moeglich durch Notverordnungen, das heisst, durch einseitige legislative Akte des Reichspraesidenten. Die Arbeitslosenunterstuetzung hat leere Kassen gemacht, ist unproduktiv und ist keine Loesung. Zufolge der grossen Arbeitslosigkeit nehmen die radikalen Parteien zu. Die politische Zersplitterung des deutschen Volkes erreicht einen Hoehepunkt. Zur letzten Reichstagswahl traten 32 Parteien an. Gewiss, hatten wir alle nach dem Kriege gehofft, nur eine ordnungsmaessige Demokratie in Deutschland aufbauen zu koennen. Die englische Demokratie war unser Vorbild gewesen, aber die Weimarer Verfassung hatte dem deutschen Volk eine Fuelle von Rechten gegeben, die nicht seiner politischen Reife entsprachen. 1932 war es laengst klar geworden, dass die Weimarer Verfassung den Fehler hatte, eine viel zu grosse Autoritaet zu verleihen. Ich erinnere daran, dass Regierungsbildungen oft wochenlang sich hinzogen, weil alle Parteien an solcher Regierung beteiligt sein wollten. In Preussen hat seit 1919 die Sozialdemokratie regiert. Sie teilte sich mit dem Zentrum in die Besetzung der politischen Aemter in Preussen. Der Dualismus zwischen Preussen, dem groessten der Laender, und dem Reiche war dauernd im Wachsen. Mein Wunsch, dass Bruening zu der alten Bismarck'schen Konstruktion zurueckkehren wolle, als Reichskanzler zugleich Ministerpraesident in Preussen zu sein, naemlich um die Politik dieses groessten Landes mit der des Reiches zu koordinieren, wurde von Bruening abgelehnt. Und in all diesen Jahren, diesen letzten Jahren, war nichts geschehen, um die immer mehr anwachsende Bewegung des Nationalsozialismus einzufangen, das heisst, sie in ein politisch verantwortliches Bett zu leiten. Dieser ganze politische Wirrwarr und die Erkenntnis, dass etwas geschehen muesse, um der Reichsregierung zu ermoeglichen, zu re-

H0375 - 0052

gieren, sie unabhaengig von den Parteien zu machen, hat Hindenburg zu dem Entschluss gebracht, ein von den Parteien unabhaengiges Praesidialkabinett zu berufen, das von Fachmaennern geleitet war. Mitglieder dieses meines Kabinetts waren saemtlich Fachleute. Herr von Neurath war ein alter Diplomat, der Innenminister Gail, ein alter Verwaltungsbeamter, der Landwirtschaftsminister war der Generalsekretaer grosser landwirtschaftlicher Genossenschaften, der Finanzminister war Ministerialdirektor in seinem Ministerium, der Eisenbahndirektor Eltz war Praesident einer Eisenbahndirektion und so fort.

F: Brachte nun die Absicht, autoritaer zu regieren, einen Kampf der Parteien zuwege ?

A: Der Feldmarschall Hindenburg hatte ein sehr grosses Vertrauen in Bruening gesetzt, aber er hat es ihm nicht verziehen, dass es Bruening nicht gelang, fuer die 1932 stattfindende Wiederwahl Hindenburgs als Reichspraesident die Parteien der Rechten zu gewinnen, welche Hindenburg im Jahre 1925 zum ersten Mal gewaehlt haben. Damals naemlich war Hindenburg gegen den leidenschaftlichen Widerstand der Linken und des Zentrums gewaehlt worden. Jetzt im Jahre 1932 sollte er gewaehlt werden von eben diesen Parteien der Linken, die ihn bekaempft hatten und gegen die Rechte. Gegen den alten grossen Soldaten des Weltkrieges wurde als Gegenkandidat ein unbekannter Soldat des Stahlhelm aufgestellt. Das hat den Feldmarschall natuerlich tief geschmerzt. Ich darf darauf verweisen, dass bei dieser Praesidentenwahl 1932 Hitler ueber 11 Millionen Stimmen schon erhalten hat, das waren mehr als 30 % der gesamten abgegebenen Stimmen fuer den Reichspraesidenten.

Weshalb die Wahl des Feldmarschalls auf mich gefallen ist als Reichskanzler, das weiss ich nicht. Ich kann nur sagen, dass ich selbst nicht einen Finger geruehrt habe. Der Hergang war folgendermassen: Ich erzaehle das, Mylord, um der Anklage entgegenzutreten, die diese Kabinettsbildung als den Beginn einer Intrige und einer Verschwoerung bezeichnet. Am 26.Mai 1932 befand ich mich auf meinem Landsitz an der Saar. Dort wurde ich von Herrn von Schleicher, dem Wehrminister, angerufen und gebeten, nach Berlin zu kommen. Am 27. abends traf ich in Berlin ein, am 28. begab ich mich zu Herrn Schleicher. Herr von Schleicher sagte mir, es ist eine Kabinettskrise, wir suchen einen Kanzler. Er besprach verschiedene Persoenlichkeiten mit mir. Schliesslich sagte er, "der Reichspraesident moechte Sie haben ". Ich bin auf das Hoechste erstaunt gewesen und sage: "wieso, warum ? " Dann bitte ich mir eine Bedenkzeit aus. Am naechsten Tage besprach ich die Sache

H0375 – 0053

mit meinen Freunden. Am 30. begab ich mich wieder zu Herrn von Schleicher und sage ihm, ich habe mich entschieden, die Sache nicht anzunehmen. Herr von Schleicher sagt,"das nuetzt Ihnen nichts, der Reichspraesident wuenscht es unter allen Umstaenden". Ich erwiderte Herrn von Schleicher, der Reichspraesident macht sich vielleicht eine falsche Vorstellung von den politischen Kraeften, die ich ihm fuer diese Regierung mitbringen wuerde. Er glaubt wahrscheinlich, dass das Zentrum mich politisch unterstuetzen wuerde. Davon kannkeine Rede sein".
Am Nachmittag dieses Tages begab ich mich zu dem Chef der Zentrumspartei. Ich frage ihn, er sagt mir. "Herr von Papen, nehmen Sie das Amt nicht an, die Partei wuerde sofort in Opposition gegen Sie treten". Sage ich: "Ich danke Ihnen, das habe ich mir schon gedacht". Darauf begab ich mich zu Hindenburg. Ich trage die Situation Hindenburg vor. Dann erhebt sich Hindenburg und sagt: "Ich habe Sie nicht gerufen, weil ich Unterstuetzung irgendeiner Partei durch Sie haben will, ich habe Sie gerufen, weil ich ein Kabinett von unabhaengigen Leuten gruenden will". Und dann erinnert er mich an die Pflicht, die ich gegenueber dem Vaterlande haben wuerde und als ich fortfahre, zu widersprechen, sagte er: "Sie koennen mich alten Soldaten doch nicht im Stiche lassen, wenn ich Sie brauche". Ich sagte, "nein, unter diesen Umstaenden werde ich Sie nicht im Stiche lassen und werde annehmen".

F: Zum Beweise fuer die Auseinandersetzung .....

VORSITZENDER: Dr.Kubuschok, das Gericht ist der Ansicht, dass alles in etwas weniger groesseren Einzelheiten behandelt werden koennte. Die Tatsachen koennen in wenigen Einzelheiten ungeschminkt dargestellt werden.

DR.KUBUSCHOK: Zum Beweise, ueber die Auseinandersetzung mit dem Zentrum verweise ich auf Dokument 1, Seite 1, ich ueberreiche Dokumentenbuch 1, Exhibit 1.

F: Es ist Ihnen, Herr Zeuge, der Vorwurf gemacht worden, dass Sie Herrn Bruening in irgendeiner Weise intrigiert haetten. Ist davon etwas wahr ?

A: In keiner Weise. Ich habe schon gesagt, dass ich Dr.Bruening persoenlich ueberaus schaetzte und dass ich von dem Tage ab, seitdem Herr von Schleicher mich rief, also 3 Tage vor meiner Ernennung, niemals auch nur eine Idee gehabt habe, als Bruenings Nachfolger berufen werden zu koennen.

F: Haben Sie mit Hitler vorher ueber die von Ihnen zu bildende Regierung gesprochen ?

A: Nein. Das ist eine voellig falsche Unterstellung der Anklage. Die

H0375 - 0054

"Geschichte der NSDAP" von Volz, das ist das Dokument 3463-PS, ist eine reine Privatarbeit und wahrscheinlich von Goebbels seinem Ministerium vorgeschrieben worden.

Ich stelle fest, dass meine Regierungsbildung nach dem Wunsche des Reichspraesidenten durch ein fait accompli geschaffen werden sollte, ohne irgendeine Verhandlung mit irgendeiner Partei oder Parteifuehrer.

F: Haben Sie nicht auch die Aufloesung des Reichstages vorher zugesagt ?

A: Diese Feststellung der Anklage ist ebenso unwahr. Ich habe die Aufloesung des Reichstages mit Hitler nicht vorher besprochen, denn der Reichstag ist am 4.Juni aufgeloest worden und ich habe Hitler zum ersten Male in meinen Leben 5 oder 6 Tage spaeter erst gesehen. Die Reichstagsaufloesung an sich war selbstverstaendlich, weil die neue Regierung wuenschte, ein Urteil der Waehler ueber den neuen Kurs und ueber das Regierungsprogramm zu hoeren.

F: Welches waren die politischen Ziele eines Praesidialkabinetts. Bitte geben Sie dies in einzelnen Stichworten an.

A: Das Zentralproblem, das uns beschaeftige war das Wirtschaftliche. Die grosse wirtschaftliche Not und die 1 1/2 Millionen unbeschaeftigter Jugend, 6-7 Millionen Vollarbeitsloser, 12 - 13 Millionen insgesamt nur Halbbeschaeftigter, versuchte der Vorgaenger zu lindern. Die rein staatlichen Mittel sind unzureichend. Sie belasteten die Finanzen und ergaben kein Resultat. Ziel meiner Regierung daher war: Einsatz der Privatwirtschaft zur Loesung dieses Problems. Wir wuenschten den gesamten Produktionsapparat wieder in Ordnung zu bringen. Mit einem Einsatz von 2,2 Milliarden Mark wollten wir diesen Prozess wieder in Gang bringen damit wollten wir im Laufe der Jahre 1 3/4 Millionen Arbeiter in den Produktionsprozess bringen. Ein solches Programm waere nicht mit den Parteien zu vereinbaren gewesen. Das politische Ziel war zugleich, mit der Reorganisation der Wirtschaft die staerkste der oppositionellen Parteien, naemlich der NSDAP, zur praktischen Mitarbeit herauszuziehen. Das war das Zentralproblem der deutschen Innenpolitik. Und es hatte sich ja ergeben, durch die nationalsozialistischen Regierungen in Thueringen, in Braunschweig und in Oldenburg, dass man diesen Versuch machen kann, ohne der Gefahr umstuerzlerischer Bewegnngen ausgesetzt zu sein. Ich konnte also hoffen, durch ein nationales und soziales Programm eine Tolerierung des Reichstags zu finden.

H0375 - 0055

F: Fuer die Erklaerung der Regierung verweise ich auf Dokument 1, Exhibit Nr. 1, Seite 2 und 3.

Sie sprechen von der Loesung des sozialen Problems als Hauptaufgabe Ihrer Regierung. Wollen Sie bitte kurz erklaeren, wie Sie das Problem betrachten und wie Sie es zu loesen versuchten,

A: Ich glaube, dass in keinem Land der Welt das Problem Kapitel und Arbeit in einer solchen Schaerfe aufgetreten ist, als bei uns, als Folge von Ueberindustriealisierung mit Entfremdung von Grund und Boden. Der Grund ist bekannt, ich brauche darueber nicht zu sprechen. Aber einer der Gruende, die meistens uebersehen werden, war die deutsche Inflation, die alles mobilisierte Vermoegen in Deutschland zerstoert hatte. Diese Inflation hatte den Mittelstand und die Arbeiterschaft, die das Rueckgrat der Nation bilden um Ersparnis und Vermoegen gebracht und sie hat den Arbeiter, Handwerker, und Mittelstand proletarisiert. Gleichzeitig mit diesem sozialen Prozess war in Deutschland, war in unserem grossen Nachbarlande eine neue soziale Ordnung entstanden, die Ordnung der Klassenlosen Gesellschaften und die totalisierten Staaten. Die demokratischen Maechte der Welt wehrten sich gegen den Export dieses Systems. Sie ergriffen Schutzmassnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete, aber diese Schutzmassnahmen, wie "New Deal", und "Ottawa", schwaechten umsomehr die deutsche Position.

VORSITZENDER: Dr. Kubuschok, ich glaube der Angeklagte muss einsehen, dass das alles dem Gericht ziemlich bekannt ist. Es ist nicht noetig das alles zu wiederholen.

DER ZEUGE: Ich wollte nur schildern, hohes Gericht, dass dieses soziale Problem ja der Untergrund der ganzen Angelegenheit ist, die sich hier historisch entwickelt hat.

DR. KUBUSCHOK: Die Frage des sozialen Problems ist gleichzeitig eine Entwicklung der NSDAP. Aus dieser Beleuchtung heraus wollte der Zeuge dann spaeter noch Stellung nehmen.

DURCH DR. KUBUSCHOK: F: Herr Zeuge, Sie haben erklaert, dass Sie mit Hitler vor der Regierungsbildung keine Fuehlungnahme gehabt haben. Wann haben Sie Hitler zum ersten Mal gesehen und welche Abmachungen haben Sie getroffen,

A: Ich sagte schon, dass ich Hitler zum ersten Mal am 9. oder 10. Juni gesehen habe. Diese Besprechung duerfte das Ziel feststellen unter welchen Bedingungen Hitler bereit sein wuerde meine Regierung zu tolerieren. Mein Programm enthiel

H0375 - 0056

so viele Punkte auf sozialem Gebiet, dass eine Billigung dieses Programms durch den Nationalsozialismus durchaus zu erwarten war. Hitler's Forderung fuer eine solche Behandlung des Regierungs-Programms war die Aufhebung des Uniformverbotes der SS; d.h. die politische Gleichstellung seiner Partei mit anderen Parteien. Ich bin damals darauf eingegangen; umsomehr als das Verbot der SS seitens der Regierung Bruening eine offenbare Ungerechtigkeit war. Man hatte die SA verboten, aber die uniformierten Verbaende der Sozialisten und der Kommunisten, naemlich Rotfront und das Reichsbanner hatte man nicht verboten.

Der Erfolg meiner Zusage an Hitler war, dass Hitler sich verpflichtete, meine Regierung zu tolerieren.

DR. KUBUSCHOK: Ich moechte einen Ausdrucksfehler des Zeugen berichtigen. Er sagte "SS", und meinte "SA". SS gab es damals nicht.

Ich verweise auf das Dokument 1, Seite 3 und zwar eine Erklaerung des Reichspraesidenten zur Aufhebung der SA. Der Reichspraesident weist darauf hin, dass er die Aufhebung unter ausdruecklicher Voraussetzung diktiert haette, dass Gewalttaten unterbleibe wuerden. Er sagt weiterhin, dass er entschlossen sei mit allen ihm verfassungsmaessig zustehenden Mittel gegen Ausschreitungen jeder Art vorzugehen, falls sich diese Erwartungen nicht erfuellen.

DURCH DR. KUBUSCHOK: F; Geben Sie Herr Zeuge eine kurze Darstellung Ihrer Bemuehungen und ueber den Verlauf der Lausanner-Konferenz im Juni 1932, die einen so grossen Einfluss auf das Anwachsen der NSDAP hatte,

A: Ich bitte mir zu erlauben, ueber die Konferenz etwas eingehender zu sprechen, wie ihr Ergebnis in einem connektiven Zusammenhang stand mit dem ungeheueren Anwachsen der NSDAP unmittelbar hinterher. Diese Konferenz war bekanntlich lange vorbereitet. Sie sollte die Reparationen abschaffen.

Aber ich bin nach Lausanne gegangen mit sehr vielen weiteren Zielen, und Hoffnungen; denn die Beseitigung der Reparationen das war eine sogenannte "cause judge". Was aber notwendig war, war den moralischen Discomfort Deutschlands zu heben, wenn Europa in friedlicher Ordnung seine Wohltat wiederfinden sollte. Diese moralische Unzufriedenheit hatte mehrere Gruende, Deutschland war eine "second rate nation" geworden. Es war seiner Souveraenitaet beraubt worden, keine Wehrhartigkeit; Rheinland ungeschuetzt, Korridor, Saargebiet und anderes.

Die wirtschaftlichen Zustaende habe ich schon eschildert. Diese wirtschaftlichen und politischen Noete hatten den Welt-Radikalismus gefoerdert und die

H0375 - 0057

Extremisten nahmen bei jeder Wahl zu.

Wenn also eine Hilfe kommen sollte, so musste nicht nur die Reparationsfrage geloest werden, das war eine negative Hilfe, es musste eine positive, eine moralische Hilfe kommen. Mein Programm war die Wiederherstellung der Souveraenitaet des Reiches. Erstens sollte der beruchtigte Paragraph 231 des Versailler-Vertrages gestrichen werden. Es war der Paragraph, der die Alleinschuld Deutschlands am Kriege darstellt. Die Historiker aller Laender hatten festgestellt, dass wir nicht die Alleinschuldigen waren. Zweitens vertrauensvolle Beziehungen zu Frankreich sollten hergestellt werden.

VORSITZENDER: Dr. Kubuschok, das Gericht ist nicht der Ansicht, dass das fuer das Gericht sehr wichtig ist.

DR. KUBUSCHOK: Ich darf nur ganz allgemeinerklaeren, dass die Ereignisse aus dem Jahre 1932, innen-und aussenpolitische Ereignisse den Schluessel bildeten fuer die Beurteilung des Wachsens der NSDAP, die ja schliesslich zum 30. Januar 1933 gefuehrt hat. Wenn wir verschiedene Fragen hier behandeln, haben wir die Vorkommnisse von 1932 eroertert. Wir werden spaeter darauf zurueckkommen. Wir werden jetzt vorlaeufig hier weiterfahren. Ich bitte deswegen, doch in etwas groesserem Umfange die Eroerterung dieser Zeit zuzulassen.

DER ZEUGE: Ich werde es so kurz als moeglich machen, Herr Vorsitzender.

VORSITZENDER: Haben Sie nicht vorgeschlagen, dass Sie jetzt fortfahren ueber die Ereignisse von 1933. Das haben Sie doch vorgeschlagen, dass Sie jetzt die Ereignisse bis 1933 besprechen wollten, umdann wenn moeglich auf 1932 zurueckzukommen, wenn das noetig sein sollte.

DR. KUBUSCHOK: Nein, das habe ich nicht vorgeschlagen. Ich sagte, dass die Eroerterung der Verhaeltnisse des Jahres 1932 den Schluessel fuer das Anwachsen der NSDAP und der Regierungsbildung Hitler's ergeben werden.

VORSITZENDER: Ja; aber der Angeklagte hat doch die Zustaende im Jahre 1932 ziemlich lange besprochen, wir koennen doch jetzt zu etwas uebergehen, das mit der Nazi-Partei etwas zu tun hat.

DER ZEUGE: Ich werde dazu sofort kommen, Herr Vorsitzender. Ich wollte nur noch sagen, dass ich in Lausanne alle diese Themen angeschnitten habe und mich bemuehte ein Verstaendnis fuer die innere Lage Deutschlands dort zu finden. Ich habe mit dem franzoesischen Premierminister dort verhandelt ueber doe Streichung

H0375-0058

dieses beruehmten Paragrpphen. Ich wollte einen Pakt mit ihm abschliessen, aber alles ist nichts geworden, aus Gruenden, die ich jetzt nicht weiter eroertern will. Der Endeffekt der Konferenz von Lausanne war jedenfalls negativ.

DURCH DR. KUBUSCHOK: F: Wie war Ihr Standpunkt in der Ruestungsfrage, den Sie vertreten haben,

A: Ich habe meinen Standpunkt in der Ruestungsfrage, der ja eine Rolle spielte im Jahre 1933 schon damals in Lausanne festgelegt und habe mit dem Premierminister Mac Donald und M. Herriot gesprochen. Ich habe spaeter in einem Interview mit M.Herriot diesen Standpunkt umrissen, sodass er festliegt. Das ist das Dokument Nr. 55. In diesem Dokument sage ich, es handelt sich nicht um die deutsche Aufruestung, sondern um die Einloesung des Abruestungsversprechens der anderen Maechte. Von deutscher Aufruestung ist keine Rede, sondern nur von deutscher Gleichberechtigung und der gleichen Behandlung Deutschlands.

Ich darf es mir schenken, dieses Dokument weiter zu zitieren. Es ist in Haenden des Gerichts, Dokument Nr. 55.

DR. KUBUSCHOK: Ich ueberreiche das Dokument Nr. 55, als Exhibit und nehme weiterhin Bezug auf das Dokument 1, das bereits uebrreicht ist, auf Seite 9 und Dokument Nr. 6, das ich als Exhibit Nr. 3 uebrreiche und auf Seite 22 verweise.

DER ZEUGE: Ich hatte am Abschluss der Lausanner Konferenz Mac Donald und M. Herriot gesagt:"Sie muessen mit einen festen aussenpolitischen Erfolg geben, denn meine Regierung ist die letzte buergerliche Regierung in Deutschland. Nach mir werden nur die Extremisten von rechts und von links kommen." Aber man hat mir nicht geglaubt und ich bin nur mit einem halben Erfolge von Lausanne zurueckgekommen.

VORSITZENDER: Wuerde das nicht ein guenstiger Zeitpunkt fuer eine Unterbrechung sein?

(woraufhin sich das Gericht zurueckzieht)

DURCH DR. KUBUSCHOK: F: Sie hatten, Herr Zeuge, erklaert, dass das Ergebnis der Lausanner Konferenz nicht Ihren Erwartungen entsprochen hat. Warum haben Sie trotzdem Ihre Unterschrift unter den Vertrag von Lausanne gesetzt?

A: Einmal musste ich unterzeichnen, weil sonst die Konferenz aufgeflogen waere und Deutschland vor einem wirtschaftlichen Vakuum gestanden haette. Dann standen wir unmittelbar vor den Reichstagswahlen und ich musste versuchen, das Beste aus der Situation zu machen.

H0375 - 0059

DR. KUBUSCHOK: Ich ueberreiche zu dieser Frage Dokument 7, als Papen Exhibit Nr. 4.

Es handelt sich um eine Erklaerung Papens, in der Trierischen Landessitzung vom 12. Juli 1932 zu Lausanne. Ich gestatte mir, einen kurzen Absatz aus dem Ende des Artikels zu verlesen; Papen sagte:

"Aber ebenso wenig, wie wir mit einem einseitigen Akte die von frueheren Regierungen seit 1918 abgegebenen Unterschriften ausloeschen koennen, ebensowenig war dies mit den feierlichen Verpflichtungen moeglich - - -

VORSITZENDER: Welches Dokument ist das? Ist das Nr. 7, sagten Sie?

DR. KUBUSCHOK: Dokument Nr. 7, Seite 23 im Dokumentenbuch I.

VORSITZENDER: Sie wollen es als Nr. 4 anbieten?

DR. KUBUSCHOK: Als Exhibit Nr. 4.

"Ebenso wenig war dies mit den feierlichen Verpflichtungen moeglich, die von den damals regierenden Parteien im Namen des Deutschen Volkes eingegangen wurden. Die heutige Regierung hatte einfach eine Lage zu liquidieren, die von allen frueheren Regierungen seit der Unterschrift unter den Versailler Vertrag geschaffen worden ist. Die Frage, ob diese Lage dadurch liquidiert werden kann, dass Deutschland die Gueltigkeit seiner Unterschrift in Abrede stellt, und sich damit gleichsam ausserhalb der fuer Kultur-und Rechtsstaaten geltenden Normen stellt, muss ich mit einem glatten "Nein" beantworten."

Ich gestatte mir, bei Erwaehnung dieses Zitates darauf hinzuweisen, dass diese Stellungnahme bei der damaligen Situation, insbesondere gegenueber der Propaganda der NSDAP, besonders bemerkenswert ist.

DURCH DR. KUBUSCHOK: F: Am 13. Juli 1932 hat der Reichsinnenminister ein allgemeines Demonstrationsverbot erlassen, nach dem, wie Sie vorhin schon ausfuehrten, am 16. Juni das Uniformverbot fuer die Nationalsozialisten aufgehoben worden ist. Welches waren die Gruende fuer das neue Demonstrationsverbot?

A: Die Voraussetzungen, unter denen Hindenburg das Uniformverbot der SA aufgehoben hat, hatten sich nicht erfuellt. Die Wahlversammlungen wurden immer radikaler und so entschloss ich mich, dem Reichspraesidenten ein Demonstrationsverbot vorzuschlagen. Zum Unterschied voh dem Uniformverbot umfasste dieses Demonstrationsverbot saemtliche Parteien gleichmaessig. Es verbot also nicht nur die SA, sondern auch die Kampfformationen der anderen Parteien.

H0375 - 0060

F: Ich komme jetzt zum 20. Juli 1932. Die Anklage nennt mit diesem Datum Ihr Verhalten, einen Staatsstreich. Der Zeuge Severing hat zu diesem Punkte auch eingehende Ausfuehrungen gemacht.

Was war fuer Sie die Veranlassung zu Ihrem Vorgehen am 20. Juli 1932?

A: Das Vorgehen war begruendet durch die Notwendigkeit der Wiederherstellung geordneter Zustaende. Ich hatte Mitteilungen erhalten ueber ein Zusammenwirken der Polizeiabteilung des preussischen Innenministeriums mit den Kommunisten. Die Lage der Reichsregierung in Berlin muss in diesem Fall insbesonders in Betracht gezogen werden und ich weiss nicht, ob das hohe Gericht die staatsrechtliche Lage kennt. Die Reichsregierung in Berlin bildete nicht einen extra-territorialen Bezirk, etwa wie Washington dies sieht, sondern sie lag in der Polizeigewalt des preussischen Staates. Meine eigene Bewachung, die des Reichskanzlers, oblag der preussischen Polizei. Wenn also im preussischen Polizeiministerium Kombinationen mit den Kommunisten geschlossen wurden, so betraf das die Sicherheit der Reichsregierung. Es handelte sich bei diesem Vorgehen gegen die preussische Regierung keineswegs um ein politisches Vorgehen gegen den Sozialismus an sich, es ist auch keine Nazifizierung der republikanischen Polizei erfolgt, wie der Zeuge Severing es hier ausgesagt hat. Die Beamten wurden, mit Ausnahme von einigen hoeheren Stellen, voellig unveraendert gelassen. Wie ich die Lage dort betrachtet habe, sagte ich in einer Rundfunkrede am 20. Juli abends dem deutschen Volk. Das findet das hohe Gericht im Dokument 1, Seite 4. Ich verzichte darauf, es zu verlesen.

DR. KUBUSCHOK: Ich verweise weiterhin auf das Dokument 2, das ich als Exhibit Nr. 5 ueberreiche. Ich verweise insoweit auf Seite 15, in dem der Zeuge von Papen sich im Rundfunk ueber die Notwendigkeit der Massnahmen auslaesst.

DURCH DR. KUBUSCHOK:

F: Ist Ihr Einschreiten am 20. Juli vor dem hoechsten deutschen Gerichtshof, dem Staatsgerichtshof verhandelt worden und zur Entscheidung gekommen?

A: Ja, das preussische Cabinett hat eine Klage gegen die Reichsregierung bei dem Reichsgericht in Leipzig erhoben; dort ist die Sache ordnungsgemaess verhandelt worden und zu einem Urteil gekommen. Und dieses Urteil hat das Vorgehen des Reichspraesidenten durchaus bestaetigt.
Es ist also unmoeglich, dass die Anklage dieses Vorgehen mit einem "Putsch" bezeichnet.

DR. KUBUSCHOK: Ich verweise auf Dokument 8, das ich als Exhibit Nummer 6 ueberreiche. Es ist ein Auszug - - -
Ich bitte um Verzeihung.

VORSITZENDER: Dr. Kubuschok, ist es notwendig, dass Sie den Dokumenten Exhibit-Nummern geben muessen, die andere als die Dokumentennummern sind. Es wird etwas verwirrend. Jedes Dokument hat oben eine Nummer, zum Beispiel 1,2,3, 4 und so weiter, eines nach dem anderen.

DR. KUBUSCHOK: Ich will der Anregung des Gerichts gern Folge leisten und die gleichen Nummern behalten. Es wuerde also das Dokument Nr. 5 auch die Exhibit-Nummer 5 tragen.

VORSITZENDER: Ich glaube, dass das weniger verwirrend sein wuerde, wenn Sie das tun wuerden.

DR. KUBUSCHOK: Ja, sicher, mein Herr. Dieses Exhibit Nr. 5 ist ein Auszug aus dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932. Auf Seite 19 am Anfang ist die Urteilsform enthalten, in der zum Ausdruck kommt, dass diese Verordnung des Reichspraesidenten vom 20. Juli 1932 rechtmaessig ist.

VORSITZENDER: Gut, Dokument Nr. 8 wird dann auch Exhibit-Nummer 8 werden, nicht wahr?

DR. KUBUSCHOK: Ja. Dieses ist Nr. 5, mein Herr. Es ist wohl ein Missverstaendnis, wenn ich 8 gesagt habe. Es ist Nr. 5.

VORSITZENDER: Ich denke schon, es ist ganz klar, dass die Beweisstuecknummern dieselben sein werden, wie die Dokumentennummern.

H0375-0061

H0375 - 0062

DR. KUBUSCHOK: Ja, mein Herr, sie werden uebereinstimmend sein.

VORSITZENDER: Und Sie behandeln jetzt Dokument Nr. 5, Beweisstueck-nummer 5 ?

DR. KUBUSCHOK: Ja.

DURCH DR. KUBUSCHOK:

F: Wie hat sich die preussische Regierung, also Ministerpraesident Braun, zu diesem Urteil des Reichsgerichts gestellt?

A: Die preussische Regierung und der preussische Ministerpraesident hat das Urteil absolut anerkannt, was aus Besprechungen hervorgeht, die ich persoenlich mit dem preussischen Ministerpraesident spaeter im Oktober gefuehrt habe

DR. KUBUSCHOK: Ich werde ueber diese Stellungnahme der preussischen Regierung Dokument Nr. 86 ueberreichen. Es ist dies in dem dritten Band meines Dokumentenbuches enthalten, das wegen technischer Schwierigkeiten heute noch nicht vollstaendig uebersetzt ist, und infolgedessen noch nicht vorgelegt werden kann.

DURCH DR. KUBUSCHOK:

F: Herr Zeuge, am 29. Juli 1932 haben Sie sich einem Pressevertreter der United-Press gegenueber eingehend ueber die Ruestungsfrage ausgesprochen. Da dieses Thema ja von besonderer Bedeutung fuer Ihren Fall ist, bitte ich Sie, sich hierueber auszulassen.

A: Ich moechte meine Stellung zur Ruestungsfrage hier praezisieren, weil sie die Gleiche ist, die ich waehrend der Zeit meiner Vizekanzlerschaft in der Regierung Hitler eingenommen habe.
Ich verweise auf Dokument 1, mein Interview an die United-Press, und ich zitiere aus dem Dokument Nr. 86; das ist eine Rundfunkrede, die ich am 12. September gehalten habe. Dort sage ich: - - -

DR. KUBUSCHOK: Vielleicht koennten Sie, Herr Zeuge, in Stichworten kurz den Inhalt angeben?

A: Ja. Wenn das hohe Gericht sich ueberzeugen will von dem Dokument Nr. 86, dem Inhalt meiner Rede, dann wird es finden, dass ich dort fuer die Abruestung und fuer den Frieden spreche. Und ich richte einen Appell an die Grossmaechte, und sage ihnen: - diesen Satz zitiere ich:
"In diesen Tagen unternimmt Deutschland einen gigantischen Versuch, durch Mobilisierung seiner letzten inneren Reserven, Arbeit und soziale Befriedung zu

H0375 - 0063

suhaffen. Das gibt uns ein Anrecht darauf, dass die fuehrenden Staatsmaenner der Grossmaechte nun auch ihrerseits den Entschluss fassen, der Vergiftung der aussenpolitischen Beziehungen durch unhaltbare Vertraege ein Ende zu setzen."

F: Am 31. Juli 1932 fand eine Reichstagswahl statt. Ich gestatte mir zunaechst, ein Schema zu ueberreichen, in dem ich die Wahlergebnisse der einzelnen Wahlen in den Jahren 1930 bis 1933 aufgefuehrt habe. Es ist das das Exhibit Nummer 98, das ich hiermit ueberreiche. Aus den Zahlen ergibt sich die innerpolitische Entwicklung Deutschlands.

Herr Zeuge, wie war das Resultat, und welches waren Ihre politischen Schlussfolgerungen aus diesem Resultat der Wahlen?

A: Am Vorabend der Wahl, am 29. Juli, habe ich zu den USA gesprochen, und ich sagte: "Die Welt ist sich nicht bewusst, dass Deutschland vor einem Buergerkrieg steht. Sie hat uns in Lausanne nicht geholfen, unsere Schwierigkeiten zu ueberwinden,und es ist unertraeglich, dass es 14 Jahre nach dem Kriege noch keine Gleichberechtigung fuer uns gibt." Die Wahlen des 30. Juli brachten mehr als eine Verdoppelung der Nazistimmen; von 6,4 Millionen auf 13,7 Millionen. 230 Reichstagsmandate gegen 110.

Die Schlussfolgerung aus diesem Wahlresultat: Keine Mehrheitsbildung moeglich von der aeussersten Rechten bis zur Sozialdemokratie, ohne die NSDAP. Damit hatte die Partei eine parlamentarische Schluesselstellung erreicht.

Die Anklage schiebt das Anwachsen der Nazistimmen auf die Aufhebung des Uniform-Verbots. Das ist eine Erklaerung, die wirklich allzuleicht wiegt. In der Tat war das Uniformverbot aufgehoben vom 16. Juni bis 18. Juli, 1 Monat. Und bereits 2 Wochen vor der Wahl hatte ich erklaert, das Demonstrationsverbot zu erlassen. Der wahre Grund fuer das Anwachsen der Nazistimmen ist die verzweifelte wirtschaftliche Lage Deutschlands, und die Tatsache der allgemeinen Enttaeuschung ueber die aussenpolitischen Erfolge in Lausanne.

F: Was war Ihre Schlussfolgerung nun hier aus diesem Ereignis?

A: Die Schlussfolgerung war die gleiche Ansicht, die ich bereits vorher hatte. Am naechsten Tag gab ich der Associated Press ein Interview, und durch dieses Interview gab ich es der ganzen Welt. : "Die Nationalsozialisten muessen an die Verantwortung herangezogen werden, und wenn das geschehen ist, muessen wir eine Verfassungsreform machen."

H0375-0064

DR. KUBUSCHOK: Ich verweise hinsichtlich der historischen Tatsachen auf das bereits ueberreichte Exhibit Nr. 1, und zwar insoweit auf Seite 4,5 und 6.

DURCH DR. KUBUSCHOK:

F: Herr Zeuge, geben Sie dem Gericht einen kurzen Bericht ueber Ihre Verhandlungen mit Hitler.

A: Als Ausfluss dieser meiner Auffassung hatte ich am 12. August eine lange Besprechung mit Hitler. Ich darlegte ihm die Notwendigkeit seiner Beteiligung und meiner eigenen Bereitschaft, als Kanzler zurueckzutreten in einigen Monaten, wenn die Zusammenarbeit sich als fruchtbar erweisen wuerde, und wenn Hindenburg Vertrauen zu Hitler gewonnen haben wuerde.
Von den politischen Parteien hatten bekanntlich die Rechtsparteien mein Kabinett unterstuetzt. Das Zentrum war in Opposition. Jetzt, nach dem Wahlen will das Zentrum Hitler als Kanzler, aber Hitler selbst will nicht der Chef einer Mehrheitsregierung werden.
Die Richtigkeit dieser meiner Darlegung ergibt das Dokument 1, Seite 6, 1. Absatz, letzte Zeile, ich zitiere:
"Kaas, der Fuehrer des Zentrums, fordert die sogenannte Totalloesung der Krise durch volle verantwortliche Einbeziehung der ehemaligen Opposition in die Reichsregierung."
Ich biete Hitler an, als Vizekanzler in mein Kabinett einzutreten; Hitler lehnt ab. Am naechsten Tag verhandeln wir weiter in Gegenwart des Reichspraesidenten. Hitler stellt dem Reichspraesidenten die Forderung, mit seiner Bewegung in die Regierung einzutreten, aber nur unter der Bedingung, dass er selbst mit der Kanzlerschaft betraut wird.
Es ergibt sich das aus diesem Dokument, Seite 6.

F: Es ist Dokument Nr. 1, Seite 6, meine Heeren.

A: Der Reichspraesident glaubte nicht, dass er Hitler die volle Gewalt uebertragen solle, und lehnt sein Ansinnen ab. Damit sind unsere Bemuehungen um die Heranziehung des Nationalsozialismus in eine verantwortliche Regierungstaetigkeit gescheitert.

F: Hierueber hat der Angeklagte von Papen sich auch in einer Rede in Muenchen ausgelassen, die in Dokument Nr. 1, Seite 10 und 11 erscheint. Nach

H0375 – 0065

dem Scheitern der Verhandlungen traten die Nationalsozialisten in schaerfste Opposition gegen die Regierung. Hat dies an Ihrem prinzipiellen Kurs irgend etwas geaendert?

A: Die oppositionelle Haltung der Nazis gegen meine Regierung hat an meinem prinzipiellen Kurs nichts geaendert. Ich habe darueber ausfuehrlich am 28. August in Muenster gesprochen.

DR. KUBUSCHOK: Diese Rede ist enthalten in Dokument Nr. 1, Seite 7. Ich verweise auf dieser Seite auch auf den Bericht ueber ein Todesurteil des Sondergerichts in Beuthen. Dort ist das erste Todesurteil auf Grund der Terror-Verordnung vom 9. August gefaellt worden. Diese Terror-Verordnung, die die Anklage dem Angeklagten von Papen zur Last schreiben will, hat hier als ersten Ausfluss ein Todesurteil gegen 5 Nationalsozialisten gehabt.

F: Am 4. September wurde von Ihnen eine Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft erlassen. Da diese Notverordnung ein Kernstueck Ihrer Regierungstaetigkeit gewesen ist bei der Loesung der Wirtschaftsfrage, bitte ich Sie, auf diese Notverordnung einzugehen.

A: Ich habe ueber diese Notverordnung schon gesprochen und ausgefuehrt, dass sie ein Programm umfasste in der Hoehe von 2,2 Milliarden Reichsmark mit dem Ziele, 1 3/4 Millionen Arbeiter in den Arbeitsprozess einzuschalten. Wir haben diese gigantische Anstrengung gemacht, ohne einen Pfennig weiterer Auslandsverschuldung. Es war, wenn ich es mit diesen Worten kennzeichnen darf, die Anspannung unserer aeussersten und letzten Kraftreserven. Der Erfolg hat sich bereits im ersten Monat gezeigt durch eine Abnahme von 123'000 Arbeitslosen.

F: In einem Monat?

A: In einem Monat.

F: Haben hierbei im Rahmen der allgemeinen Arbeitsbeschaffung Bestrebungen fuer eine Wiederaufruestung stattgefunden?

A: Keineswegs. Diese, meine Regierung hat keinen Pfennig fuer eine Aufruestung ausgegeben.

DR. KUBUSCHOK: Die naeheren Einzelheiten ueber diese Verordnung sind in Dokument Nr. 1, Seite 8 und 9 enthalten.

F: Warum kam es am 12. September erneut zur Reichstagsaufloesung, was sagten Sie hierueber an diesem Abend in einer Rundfunkrede?

H0375 – 0066

14. Juni-A-EF-6. Beck.

A: Der neue Reichstag trat verfassungsmaessig zusammen. Meine Regierung konnte, wie ich dargelegt habe, eine Mehrheit nicht erzielen, aber auch jede andere Regierungsbildung ohne Hitler war ausgeschlossen. Daher war meine Hoffnung sehr berechtigt, dass dieser Reichstag meiner Regierung eine Bewaehrungsfrist geben wird, umsomehr, als ich ihm ein grosses und entscheidendes Wirtschaftsprogramm vorgelegt hatte. Aber jetzt geschah etwas Unerwartetes und Unerhoertes, was jetzt geschah, war sozusagen die Prostitution des Deutschen Parlaments. Herr Goering, Praesident des Deutschen Reichstages, gibt der kommunistischen Abgeordneten Clara Zetkin das Wort zu einem masslosen Angriff auf meine Regierung. Als ich, der verantwortliche Kanzler dieser Regierung, das Wort erbitte, um Rechenschaft abzugeben ueber das, was ich tun wollte, wird mir dieses Wort verweigert und der Reichstagspraesident liess ueber ein Misstrauensvotum abstimmen, welches eingebracht worden war von den Kommunisten, den Sozialisten und den Nationalsozialisten. Die Tatsache dieses gemeinsamen Antrages dieser 3 Parteien sollte eigentlich zeigen, was in Deutschland geschieht, wenn diese 3 Parteien zusammenregieren und sollte zeigen, wie notwendig es war, dass ich versuchte, den Nationalsozialismus nicht nach links abzutrennen, sondern ihn an meine Regierung heranzuziehen.
Ich war gezwungen, die Aufloesungs-Order des Reichstages auf den Tisch zu legen und mich zu entfernen.

F: Ueber die historischen Vorgaenge unterrichten Dokument 1, Seite 8, und das bereits angekuendigte, aber noch nicht vorgelegte Dokument Nr. 86, Seite 192.

Sie haben sich in einer Rede in Muenchen am 12. Oktober auch zur Verfassungsreform geaeussert. Bitte schildern Sie kurz Ihre dort vorgetragene Ansicht.

A: Die Verfassungsreform, wie ich bereits erwaehnte, war eines der dringensten Ziele meiner Regierung. Ueber ihre Begruendung aeussere ich mich in dem Dokument Nr. 1, Seite 9. Diese Reform sollte umfassen eine Reform des Wahlrechtes, um die Vielzahl der Parteien zu beenden und sie sollte eine erste Kammer schaffen, vor allen Dingen sollte sie der Regierung mehr Moeglichkeit und mehr Autoritaet geben, als die Weimarer Verfassung es ermoeglichte.

F: Vor allem moechte ich bemerken, dass die Verfassungsreform, die die damaligen Verhaeltnisse abschaffen wollte, das lediglich auf Grund des Artikels

H0375-0067

48 der Notverordnung erlassen wurde. In welchem Ausmasse dies geschah, ergibt Dokument Nr. 4, das ein Auszug aus der grossen Fuelle der erlassenen Notverordnungen gibt.

Herr Zeuge, am 6. November 1932 fand die Reichstagswahl statt. Wie war die Wahlparole der Regierung, und wie war Ihre Ansicht ueber das Resultat?

A: Leider mussten wir wieder einmal waehlen, und das Programm meiner Regierung war dasselbe, wie zuvor, das heisst, der Versuch, eine neue Staatsfuehrung herzustellen, eine Staatsfuehrung im Zusammenwirken eines arbeitsfaehige Parlaments mit einer parlamentarischen Regierung. Ich habe mich in diesem Wahlaufruf vom 4. November an Hitler gewandt und habe ihm gesagt, "es ist die Ausschliesslichkeit Ihrer Bewegung, Ihrer Forderung des Alles oder Nichts, die der Reichspraesident nicht anerkennen konnte und die zu seinem Entschluss vom 13. August gefuehrt hat. Um was es heute geht, ist dieses: Nicht ob dieser oder jener Parteifuehrer auf dem Kanzlerstuhl sitzt, ob er Bruening, Hitler oder Papen heisst, sondern es geht darum, dass wir uns zusammenfinden, um die Lebensgrundlagen des Deutschen Volkes zu sichern."
Ich erhoffte von dieser Reichstagswahl eine sehr starke Schwaechung der Nationalsozialisten, gegen die ich ja im Kampfe stand, dass die Partei aus ihrer zentralen parlamentarischen Stellung herausgedrueckt wurde.

F: Wie war das Resultat ?

A: Dieses Resultat wurde nicht erreicht, die Nationalsozialisten verloren 34 Sitze, aber es genuegt nicht, um sie aus ihrer Schluesselstellung herauszudraengen, denn wiederum war eine Mehrheitsbildung im Deutschen Reichstage von Sozialisten bis zur aeussersten Rechten nur moeglich mit Hitler; ohne ihn keine Mehrheit. Damit wir in der Lage waren, verfassungsmaessig weiterzuregieren, leitete ich noch einmal Verhandlungen mit den Parteien und den Nationalsozialiste ein.

F: Geben Sie bitte eine Darstellung ueber diese Verhandlungen.

A: Diese Verhandlungen sind interessant, und das Hohe Gericht muss sie kennen wegen der Beurteilung des 30. Januars 1933.

Zunaechst habe ich versucht, die Lage mit den Parteien, die in Opposition zu meiner Regierung stehen, zu klaeren, insbesondere mit Sozialdemokraten und Zentrum. Das Zentrum nimmt eine Stellung ein, die ablehnend ist.

H0375 - 0068

Es wuenscht eine Mehrheitsregierung mit Hitler, aber Herr Hitler will nicht mit parlamentarischen Mehrheiten regieren.

Aus dem Dokument Nr. 2, Seite 13 ergibt sich, wie die Stellung des Zentrums war.

Nachdem also eine Mitwirkung Hitler s zu einer Mehrheitsregierung ausgeschlossen war, wende ich mich erneut an Hitler, um ihn zu fragen, ob er jetzt bereit sei, un meine Regierung einzutreten. Ich tue dies aus Verantwortung, um zu einem Resultat zu kommen ueberhaupt, und daher schrieb ich einen Brief am 13. November 1932 - Dokument D - 633,- der von der Anklage vorgelegt worden ist als ein"wuerdeloses"Dokument, weil ich mich nach allen meinen Misserfolgen noch einmal an Hitler wende. In diesen Brief sage ich," ich wuerde es fuer eine Pflichtverletzung halten, wenn ich mich nicht trotz allen an Sie wenden wuerde, und ich bin der Ansicht, dass der Fuehrer einer so grossen Bewegung, deren Verdienst um Volk und Land ich trotz aller notwendigen Kritik stets anerkannt habe, dass dieser Fuehrer sich dem verantwortlichen Staatsmann nicht zu einer Aussprache versagen sollte."

F: Sie haben sich am 8. November dann nocheinmal an die Auslandspresse gewandt, und sprachen dabei dort zu aussenpolitischen Fragen.

A: Darf ich Sie einen Moment unterbrechen?

F: Bitte.

A: Ich moechte noch hinzufuegen bezueglich der Beurteilung dieses Briefes durch die Anklage, durch Mr. Barrington. Es ist doch in allen parlamentarischen Laendern Brauch, dass, wenn der Chef einer Regierung sich an die Opposition wendet, um eine Mitarbeit zu erhalten, er den Fuehrer der Opposition einen hoeflichen und freundlichen Brief schreibt, dass er ihn nicht einen Esel nennt; also ich weiss nicht, warum man diese Bemerkungen als eine Wuerdelosigkeit bezeichnet hat.

F: Am 8. November wandten Sie sich an die Auslandspresse und sprachen ueber die Revision des Versailler-Vertrages. Koennen Sie kurz Ihre damaligen Ausfuehrungen erlaeutern?

A: Ich erwaehne diese Ansprache an die Vertreter der Auslandspresse nur deshalb, um dem Hohen Gericht die Haeufigkeit meiner Appelle an das Ausland zu zeigen; Appelle an das Ausland, an die Siegermaechte zu einer moralischen Wiedergutmachung bereit zu sein, denn dann, meine Herren, waeren die radikalen

H0375-0069

Stroemungen in Deutschland ganz von selbst abgeebbt.

DR. KUBUSCHOK: Die Rede vor der Auslandspresse ist enthalten im Dokument Nr. 1, Seite 11 und 12.

F: Welche Folgen hatte das Scheitern Ihrer Verhandlungen mit den Parteifuehrern?

A: Das Scheitern meiner Verhandlungen mit den Parteifuehrern und Hitler, fuehrte zu meinem Ruecktritt am 17. November. Ich wurde beauftragt, die Geschaefte der Regierung bis zur Neubildung weiterzufuehren.

F: Welche Anstrengungen sind nach dem Ruecktritt Ihres Kabinetts durch den Herrn Reichspraesidenten, hinsichtlich einer neuen Regierungsbildung gemacht worden?

A: Mein Ruecktritt gab dem Reichspraesidenten die Moeglichkeit, nun jetzt neu den Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung zu unternehmen. Er hat die Versuche sofort aufgenommen am 18. November. Die Parteifuehrer von der Rechten bis zum Zentrum empfangen und am 19. Hitler; Thema: Wie koennten wir eine parlamentarische Mehrheit bilden? Er erteilt Hitler den Auftrag, eine Mehrheitsregierung zu bilden, also Hitler als Kanzler. Am 23. November ueberreicht Goering die Antwort Hitler's an Hindenburg. Sie lautet: "Hitler koenne den Auftrag einer parlamentarischen Mehrheitsregierung nicht uebernehmen." Am 24. empfaengt Hindenburg den Monsignore Kaas, den Fuehrer des Zentrums. Dieser stellt fest, dass Hitler nicht einmal den Versuch gemacht habe, festzustellen, ob eine Mehrheitsregierung zu bilden, moeglich sei; aber Monsignore Kaas verspricht dem Reichspraesidenten noch einmal, zu versuchen, eine Mehrheitsregierung zu bilden. Am 25. meldet er Hindenburg, sein Versuch sei resultatslos geblieben, der Fuehrer der Nazi-Fraktion, damals Herr Frick, habe erklaert, die Partei sei an solchen Besprechungen nicht interessiert. Gesamt-Resultat: Bildung einer Mehrheitsregierung mit Hitler unmoeglich.

F: Ergaben sich andere Koalitionsmoeglichkeiten? Waren etwa andere Koalationsmoeglichkeiten vorhanden?

A: Sehr richtig, es war nur die Moeglichkeit eines Kabinetts, wie ich es gefuehrt habe, oder eine Mehrheitsbildung.

DR. KUBUSCHOK: Jawohl. Wegen dieser Verhandlungen verweise ich auf Dokument 2, Seite 14 und 15.

H0375-0070

14 Juni - A - EB - 9 -Memmler

F: Nachdem die Besprechungen des Reichspraesidenten mit den Parteifuehrern gescheitert waren, fand am 1. Dezember eine Aussprache bei dem Reichspraesidenten mit Ihnen und General von Schleicher statt.

Diese Zusammenkunft ist besonders wichtig fuer die weitere politische Entwicklung und hat einen erheblichen historischen Chararkter. Ich bitte Sie infolgedessen, auf diese Unterredung des Naeheren einzugehen.

A: Der Feldmarschall hat am 1. Dezember den General von Schleicher und mich zu einer Aussprache gebeten. Ich bemerke, dass zwischen Herrn von Schleicher und mir zuvor keine Aussprache ueber die Moeglichkeiten einer weiteren Regierungsbildung gepflogen wurde. Herr von Hindenburg bat uns um unsere Stellungnahme; ich habe folgendes ausgefuehrt:

Der Versuch, die Nazibewegung in die Presidial-Regierung Hindenburg's einzuschalten, ist 2 mal misslungen. Hitler lehnte ebenso die Bildung einer Mehrheitsregierung ab. Auf der anderen Seite machteer die groesste Opposition und bemuehte sich, alle Verordnungen, dieser, meiner Regierung, durch den Reichstag aufheben zu lassen. Wenn also keine Moeglichkeit besteht, eine parlamentarische Regierung zu bilden, oder Hitler an unserer Regierung, an einer Presidialregierung zu beteil gen, ohne ihn zum Kanzler zu machen, dann ist ein Staatsnotstand entstanden, der ausserordentliche Massnahmen erforderte, Ich schlage vor: Beurlaubung des Parlaments fuer einige Monate, sofortige Ausarbeitung einer Verfassungsreform, spaeter Vorlage dieser Verfassungsreform an den Reichstag, oder eine Nationalversammlung. Dieser Vorschlag beinhaltet einen Verfassungsbruch. Ich betone, dass ich weiss, wie hoch der grosse Soldat und der Staatsmann die Heiligkeit des Eides halten, aber meinem Gewissen gegenueber schien ein Verfassungsbruch gerechtfertigt durch die ausserordentliche Lage; denn fuer diese Lage sehe die deutsche Verfassung kein Heilmittel vor. Dann sprach Herr von Schleicher, er sagte: "Herr Feldmarschall, ich habe einen Plan, der es Ihnen eruebrigt, den Eid auf die Verfassung zu brechen. sofern Sie gewillt sind, mir," Schleicher," die Regierung anzuvertrauen. Ich hoffe eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag herzustellen, und zwar durch Spaltung der Nationalsozialistischen Partei"

In der Diskussion dieses Planes sagte ich, es schien mir sehr zweifelhaft, ob eine Spaltung der Partei, die auf Hitler einschworen war, zu erreichen waere. Ich erinnerte den Feldmarschall daran, dass er sich von schwachen, parlamentarischen Mehrheiten freimachen solle durch eine grundlegende Reform. Dieser Vorsatz wurde

H0375 – 0071

ueber Bord geworfen durch die Loesung Schleicher's. Die Loesung Schleicher's sei ein Provisorium, und ein sehr zweifelhaftes Provisorium.

F: Wie war die Entscheidung des Reichspraesidenten?

A: Die Entscheidung des Feldmarschalls war vielleicht die schwierigste seines langen Lebens. Ohne weitere Begruendung hat er mir gesagt: "Ich entscheide mich fuer die Loesung des Herrn von Papen und ich ersuche Sie, sofort Besprechungen aufzunehmen, um eine Regierung zu bilden, der ich den in Ihrem Vorschlag enthaltenen Auftrag erteilen kann." Die Besprechung war beendet.

F: Was tat Herr von Schleicher nunmehr?

A: Ich habe mit Herrn von Schleicher nur einige wenige Worte gewechselt und habe versucht, ihn zu bewegen, sich zu der vom Reichspraesidenten getroffenen Entscheidung zu bekennen. Herr von Schleicher sagte: Nein. Alsdann schritt ich am selben Abend zu Besprechungen ueber die neue Regierungsbildung mit mehreren Ministern. Diese Minister sagten mir: "Der Plan ist ausgezeichnet, aber Herr von Schleicher hat uns gesagt, es gibt Buergerkrieg, und wenn es Buergerkrieg gibt, ist die Reichswehr nicht in der Lage, den Frieden im Lande aufrechtzuerhalten."

Ich unterbreche die Besprechungen, versammle das Kabinett am naechsten Morgen, trage dem Kabindett die Lage vor und die Entscheidung Hindenburgs. Und ich bitte Herrn von Schleicher, jetzt dem Kabinett zu sagen, warum er glaubt, dass es Buergerkrieg gibt, und warum die Reichswehr nicht in der Lage ist, die Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Ich sage den Herren: "Das ist eine neue Lage, die ich dem Reichspraesidenten vortragen muss." Ich begebe mich zu Hindenburg und erstatte ihm Bericht. Herr von Hindenburg, tiefbewegt, durch diese Aussprache, sagt zu mir: "Ich bin ein alter Mann und ich kann keinem Buergerkrieg in meinem Lande, in irgend einer Form, entgegensehen. Wenn Herr von Schleicher dieser Ansicht ist, dann muss ich, so leid es mir tut, den Auftrag zurueecknehmen, den ich Ihnen gestern Abend erteilt habe." Damit wurde von Schleicher zum Kanzler ernannt, unter den Voraussetzungen, die er in dieser Besprechung dem Reichspraesidenten dargelegt hat.

F: Hat Herr von Schleicher Ihnen den Posten als Botschafter in Paris nunmehr angeboten?

A: Herr von Schleicher, der mein Interesse fuer die deutsch-franzoesischen Beziehungen schon seit langem kannte, fragte mich, ob ich Botschafter in Paris werden solle. Es haette das meinen Neigungen durchaus entsprochen, aber der Reichs

H0375 - 0072

praesident erhob Einspruch und .....

VORSITZENDER: (unterbrechend): Der Gerichtshof ist der Ansicht, dass in zu grosse Einzelheiten eingegangen wird. Hitler ist geschichtlich bekannt und das meiste haben wir bereits hier gehoert.

DURCH DR. KUBUSCHOK: F: Wir gehen jetzt auf das Jahr 1933 ueber. Am 4. Januar fand eine Besprechung zwischen Hitler und Ihnen, beim Bankier Schroeder, statt. Die Anklage bezeichnet diese als den eigentlichen Beginn Ihrer gemeinsamen Verschwoerung. Geben Sie bitte dem Gericht eine naehre Darstellung ueber das Zustandekommen dieser Besprechung?

A: Ich befand mich ....

VORSITZENDE : (unterbrechend): Herr Dr. Kubuschok, wir haben schon den ganzen Nachmittag ueber den Hintergrund dieser Konferenz gehoert und koennen doch jetzt sicher von der Konferenz selbst hoeren.

DR. KUBISCHOK: Es wird dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht, dass er der Promoter der angeblichen am 4. Januar beginnenden Verhandlungen, zur Gruendung der am 30. Januar gebildeten Reichsregierung gewesen sei. Die Rolle, die Papen dabei gespielt hat, ist von entscheidender Bedeutung. Ich halte es doch wohl fuer erforderlich, dass er sich in Kuerze ueber den Hintergrund dieser Verhandlung ....

VORSITZENDER: Die Verhandlungen haben nicht am 4. Januar begonnen. Der Angeklagte hat uns einige Stunden vorher gesagt, dass sie am 12. August 1932 begannen. Die Verhandlungen haben also frueher begonnen.

A: Ich darf vielleicht, Herr Praesident, kurz sagen, womit es sich handelt. Die Besprechung am 4. Januar, von der die Anklage behauptet, dass ich mich bei dieser dem Nationalsozialismus verschworen haette, war eine Besprechung, die auf Initiative von Hitler stattfand. In dieser Besprechung ist nichts gegen den Sturz der Regierung Schleicher gesprochen worden und es ist nichts gesprochen worden, ueber die Bildung einer Regierung Hitlers, wie sie am 30. Januar nachher erfolgt ist.

Wir haben uns lediglich unterhalten ueber die Notwendigkeit, dass Hitler sich entschliessen muesse, sich verantwortlich zu beteiligen, nicht als Kanzler, sondern mit seiner Partei. Und, Mylord, dass diese Besprechung nicht von mir aus inszeniert worden ist, ergibt sich ganz klar aus der Erklaerung des Herrn von Schroeder, in dessen Hause die Besprechung stattgefunden hat.

H0375 - 0073

Durch Dr. Kubuschok:

F: Es ergibt sich aus Dokument 9, Seite 2[illegible]. Es wird Ihnen zum Vorwurf gemacht, dass in dieser Verhandlung, von Ihnen Plaene zum Sturz des Kabinetts Schleicher, eroertert worden sind. Haben Sie diese Unterredung Herrn von Schleicher vorenthalten?

A: Im Gegenteil. Ich habe unmittelbar nach dieser Besprechung in Koeln, Herrn von Schleicher einen Brief geschrieben, der am naechsten Morgen in seinen Haenden sein musste. Und nach Berlin zurueckgekehrt, habe ich mich sofort zu Herrn von Schleicher begeben und ihm erklaert, was in dieser Verhandlung besprochen wurde. Daraufhin hat Herr von Schleicher ein offizielles Communique veranlasst. Das Dokument Nr. 9a...

F: Ich ueberreiche das Dokument 9a.

A: Darin heisst es:

" Die Aussprache ergab die voellige Haltlosigkeit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen ueber Gegensaetzlichkeiten zwischem dem Reichskanzler Schleicher und Herrn von Papen."

F: Haben Sie sodann, also in der Zeit vom 9. bis 22. Januar, an irgendwelchen politischen Gespraechen ueber eine neue Regierungsbildung sich beteiligt?

A: Nein zwischen dem 9. und 22. Januar habe ich mich an keinen politischen Gespraechen, ueber die Regierungsbildung beteiligt.

F: Geben Sie bitte summarisch und in Stichworten die politische Entwicklung vom 10. bis 21. Januar wieder.

A: Die Anklage behauptet, dass nun in der Zwischenzeit, zwischen dem 9. und 30. Januar, ich der Hauptakteur gewesen sei, um die Regierung Hitlers vom 30. Januar 1933 zu bilden. Er ergibt sich aus einer chronologischen Darstellung der Tage zwischen dem 11. und 30., wie voellig falsch diese Behauptung der Anklage ist. Ich werde deswegen einige Daten hier nennen muessen.

11. Januar: Hitler ist in Berlin. Er hat weder Schleicher, noch Hugenberg, noch Papen gesehen. Aber der Reichstag beschliesst durch den Aeltestenrat, wir muessen der Regierung Schleicher's eine Bewaehrungsfrist geben.

Am 13. Januar: Schleicher empfaengt Hugenberg, den Chef der Rechten.

Am 14. empfaengt Hindenburg Hugenberg. Wir werden spaeter sehen, dass an diesen beiden Tagen Hugenberg, der Fuehrer der Rechten, mit Schleicher verhandelt hat, ueber seinen Eintritt in das Kabinett, nicht ueber eine Regierungs-

H0375-0074

bildung mit Hitler.

Dann finden am 15. Januar die berufenen Lippe-Wahlen statt. Die Lippe-Wahlen geben den Nationalsozialisten einen neuen Auftrieb. Am 20. Januar beschliesst der Reichstag, der Aeltestenrat, sein Zusammentreten vom 24. auf den 31. zu verschieben. Der Staatssekretaer der Reichsregierung, Schleicher, erklaert dazu: Die Reichsregierung beabsichtigt, die politische Lage schnellstens zu klaeren, aber an Mehrheitsfragen sie die Reichsregierung nicht interessiert. Daraus geht hervor, dass Herr von Schleicher eine Regierungsbildung durch Mehrheit nicht mehr in Betracht schliesst.

F: Wir koennen uns jetzt einmal von der politischen Entwicklung entfernen und auf Ihre persoenliche ...

VORSITZENDER: Wenn Sie auf einen anderen Gegenstand uebergehen, vertagen wir uns lieber.

(Woraufhin sich das Gericht bis auf 17. Juni 1946. 10:00 Uhr vertagt).

595

Berichtigung zur Sitzung vom 14. Juni 1946,

Nachmittags.

Die Nummern der obengenannten Sitzung sind zu aendern in:

11493 - 11520

H0375 – 0075